

UNIVERSITÄT GREIFSWALD

LEHRSTUHL FÜR POLITISCHE THEORIE UND IDEENGESCHICHTE
INSTITUT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT



DEMOKRATIE
POLITIK
DEMOKRATIE

BENJAMIN FISCHER

UECKERMÜNDE – EIN
REFUGIUM DES
RECHTSEXTREMISMUS?

DEMOKRATIEPOLITIK –

POLITIKWISSENSCHAFTLICHE
ARBEITSPAPIERE AUS DEM
ARBEITSBEREICH POLITISCHE THEORIE
UND IDEENGESCHICHTE

HEFT 2

ISBN 3-86006-264-6

BENJAMIN FISCHER

UECKERMÜNDE – EIN REFUGIUM DES RECHTSEXTREMISMUS?

DEMOKRATIEPOLITIK –

POLITIKWISSENSCHAFTLICHE ARBEITSPAPIERE AUS DEM
ARBEITSBEREICH POLITISCHE THEORIE UND IDEENGESCHICHTE

HEFT 2

GREIFSWALD 2006

TITELANGABE

Benjamin Fischer 2006: „Ueckermünde – ein Refugium des Rechtsextremismus?“
(DemokratiePolitik – Politikwissenschaftliche Arbeitspapiere aus dem Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte; Heft 2). Greifswald: Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte, Universität Greifswald.

ISBN 3-86006-264-6

ISSN 1862-3220

HERAUSGEBER

Prof. Dr. Hubertus Buchstein
Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte
Institut für Politikwissenschaft
Universität Greifswald

REDAKTION

Steffi Krohn
Jan Schulze

BEZUGSMÖGLICHKEIT

Universität Greifswald
Philosophische Fakultät
Institut für Politikwissenschaft
Baderstr. 6/7
17487 Greifswald
Tel. +49(0)3834 86-3150
Fax +49(0)3834 86-3153
E-mail powi@uni-greifswald.de

DRUCK

CP-BÜROAUSSTATTER GREIFSWALD

Nicht erst seit den Wahlergebnissen der NPD in Sachsen und längst nicht nur in der Berichterstattung durch überregionale Presse und Fernsehmagazine, sondern auch in der neueren wissenschaftlichen Literatur stößt man auf die These, der militante Rechtsextremismus sei in einigen Regionen Ostdeutschlands auf einem schleichenden Vormarsch und es gäbe Regionen in den neuen Bundesländern, in denen demokratische Freiheiten und Grundrecht nur noch eingeschränkt gelten.¹ Zugleich belegen neuere Befunde der politischen Einstellungsforschung überdurchschnittlich hohe Werte rechtsextremistischen Gedankenguts in den neuen Bundesländern.² Neben Sachsen und Teilen Brandenburgs wird dabei immer wieder und an prominenter Stelle auf Vorpommern als eines der Kerngebiete des erstarkenden Rechtsextremismus Bezug genommen – eine Einschätzung, die mittlerweile auch führende Aktivisten auf Seiten der Rechtsextremen teilen und die Vorpommern nicht zuletzt aus diesem Grunde zu einen ihrer Schwerpunktegebiete für den Wahlkampf der NPD für die kommenden Landtagswahlen im Herbst 2006 machen wollen.

Angesichts der Bedeutung, die Vorpommern in der Strategie der Rechtsextremen derzeit zukommt und angesichts der Bedeutung, welche die politische Entwicklung in dieser Region schon deshalb für die Verfechter einer liberalen Demokratie haben muss, ist es erstaunlich, wie gering und anekdotisch das Wissen über den Rechtsextremismus in Vorpommern tatsächlich ist. Auch wenn es mittlerweile einige ausgesprochen verdienstvolle und instruktive Analysen zum Gesamtkomplex des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern gibt³ – bis heute existiert keine Studie, die sich detaillierter mit den Strukturen und dem Grad der konkreten gesellschaftlichen Verankerung des Rechtsextremismus in Vorpommern befasst hat. Auch die jährlichen Berichte des Verfassungsschutzes können diese Lücke nicht füllen.⁴ Angesichts dieser geringen Kenntnis überrascht es denn auch nicht, wenn viele Reaktionen in der Auseinandersetzung mit Akti-

¹ Toralf Staud (2005): *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*. Köln: Kiepenheuer und Witsch, S. 9 und 11.

² Richard Stöss (2005): *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 66-74.

³ Vgl. die Beiträge in: Gudrun Heinrich/Nikolaus Werz (Hg.) (2003): *Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt*. Rostock: Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 18; Gudrun Heinrich (Hg.) (2005): *Beiträge zu Fragen von Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus*. Rostock: Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 25. Einen vorzüglichen Überblick über die gesamte Entwicklung des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2002 geben Mathias Brodkorb/Thomas Schmidt (2002): *Gibt es einen modernen Rechtsextremismus? Das Fallbeispiel Mecklenburg-Vorpommern*. Schwerin: Friedrich Ebert-Stiftung, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern.

⁴ Die jährlichen Landesverfassungsschutzberichte können abgerufen werden unter: <http://www.verfassungsschutz-mv.de/>

vitäten von Rechtsextremisten in Vorpommern den Eindruck ausgesprochener Hilflosigkeit erwecken und lediglich von Tagesereignissen getrieben zu sein scheinen.

Dieses Manko an Wissen kann auch dieses Heft von Benjamin Fischer über den Rechtsextremismus in Ueckermünde nicht beheben. Um einen fundierten Überblick über die Situation in der Region zu erhalten, der dann auch neue Ansatzpunkte für die weitere politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bieten könnte, bedürfte es einer sehr viel detaillierteren und methodisch abgesicherten Studie. Wenn sich die Herausgeber der Greifswalder Reihe ‚DemokratiePolitik‘ dennoch entschieden haben, die Analyse Fischers zu publizieren, dann nicht zuletzt auch in der Absicht, um auf die Notwendigkeit einer solchen wissenschaftlich ausgewiesenen Studie aufmerksam zu machen.

Fischers Porträt des Rechtsextremismus in Ueckermünde beruht auf einer systematischen Auswertung der lokalen Presseberichterstattung, auf ausführlichen Einzelrecherchen vor Ort sowie auf einer Reihe von Experteninterviews. Der Lesbarkeit seiner Situationsbeschreibung für ein interessiertes Publikum soll ein Schreibstil entgegenkommen, der sich weniger an wissenschaftlichen als an journalistischen Regeln orientiert.

Die Situationsbeschreibung Fischers und seine Thesen werden in ihrer zugespitzten Form sicher nicht ohne Widerspruch mancher politisch Verantwortlicher vor Ort bleiben. Eine solche Reaktion würde aber lediglich die Dringlichkeit von Studien bestätigen, die sich in wissenschaftlich fundierter Weise mit dem Thema Rechtsextremismus in Vorpommern befassen.

Greifswald, den 16. März 2006

Hubertus Buchstein

BENJAMIN FISCHER

UECKERMÜNDE – EIN REFUGIUM DES RECHTSEXTREMISMUS?

1. Einleitung	8
2. Ueckermünde – Kurzes Lagebild der Kommune	10
3. Parteigebundener Rechtsextremismus: Aktivitäten der NPD in Ueckermünde	13
4. Rechtsextreme Kameradschaften	16
5. Die Kameradschaften in Ueckermünde: „National-Germanische Bruderschaft“ und „Aryan Warriors“	21
6. Kulturkreise in Ueckermünde	24
7. Bürgerinitiativen: Die BI „Schöner und sicherer wohnen in Ueckermünde“	28
8. Politische Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Ueckermünde	32
9. Ausblick	40
10. Literatur- und Quellenverzeichnis	43
11. Abkürzungsverzeichnis	46

1. Einleitung

Als am Morgen des 28. August 2005 lautstarke „Sieg-Heil“-Rufe durch einen Garagenkomplex in Ueckermünde schallen, hält sich die Aufregung darüber bei den Anwohnern in Grenzen. Zwischenfälle wie diese sorgen in der Kleinstadt am Stettiner Haff kaum mehr für Aufsehen. Dass zwei rechtsextreme Kameradschaften in den Garagen Quartier bezogen haben, ist dort hinlänglich bekannt. Die Stadt entwickelt sich längst zu einem rechtsextremen Refugium. Rechtsextreme Gruppierungen agieren dort weitgehend ungestört. Ihnen ist es gelungen, Anschluss an breitere Teile der Gesellschaft zu finden und sie haben begonnen, auf das politische Leben der Stadt Einfluss zu nehmen.

Bemerkenswert am Rechtsextremismus in Ueckermünde ist vor allem, dass es in der Kleinstadt gar keine außergewöhnlich starke NPD gibt. Es existiert noch nicht einmal ein eigener Kreis- oder Ortsverband. Was es stattdessen gibt und was Ueckermünde mittlerweile auch in der Presse den Ruf eines Refugiums für Rechtsextremisten eingetragen hat, sind rechtsextreme Kameradschaften, Kulturkreise und eine aktive rechtsextreme Bürgerinitiative. Welche rechtsextremen

Gruppen sind vor Ort aktiv? Über welche Organisationsstrukturen verfügen sie? Welche politischen Strategien verfolgen sie? Und vor allem: Wie konnte sich Ueckermünde zu einem Refugium des Rechtsextremismus entwickeln? Diese Fragen stehen im Vordergrund der nachfolgenden Situationsanalyse.⁵

Nach einigen einleitenden und knappen Angaben zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage sowie zu rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten in Ueckermünde soll zunächst grundsätzlich erläutert werden, was Kameradschaften von rechtsextremen Parteien wie der NPD unterscheidet. Anschließend werden die vor Ort aktiven Gruppierungen sowie deren Organisationsstrukturen und politischen Strategien genauer beschrieben. Von Interesse ist ferner, wie mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit vor Ort umgegangen wird. Zivilgesellschaftlich-demokratische Gegenkräfte gibt es zwar, aber über eine der rechtsextremen Szene ähnliche organisatorische Stabilität und strategische Konzeption verfügen sie indes nicht. Auch ihr Rückhalt in der Bevölkerung ist eher gering. Zusätzlich übte sich die Kommunalverwaltung beim Thema Rechtsextremismus bis vor kurzem insgesamt in Zurückhaltung.

Im Ergebnis dieser Arbeit zeigt sich, dass Ueckermünde unter den derzeitigen Bedingungen dem Rechtsextremismus kaum etwas entgegenzusetzen hat. In rechtsextremen Internetforen wird bereits freudig verbreitet, dass die Demonstrationen in Ueckermünde „ohne Störer“ ablaufen.⁶ Mit Blick auf die Landtagswahlen 2006 in Mecklenburg-Vorpommern lässt dies ahnen, dass die NPD auch ohne eigenen Ortsverband auf ein erhebliches Wählerpotenzial in Ueckermünde treffen dürfte, das sich nicht nur aus Mitgliedern rechtsextremer Gruppierungen, sondern auch aus breiteren Bevölkerungskreisen speist.

Die Fakten und Schlussfolgerungen dieser Untersuchung beruhen auf eigenen Recherchen und Gesprächen mit Einwohnern vor Ort sowie externen Experten, die teils im Herbst 2004, teils im Sommer 2005 stattfanden. Zudem wurde begleitend eine gründliche Auswertung der Medienberichterstattung durchgeführt. Neben (vor allem lokalen) Tageszeitungen und TV-Beiträgen sind auch rechtsextreme Medien als Informationsquelle mit einbezogen worden. Entwicklungen und Ereignisse im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus in Ueckermünde, die seither stattgefunden haben, wurden, soweit möglich, berücksichtigt.

⁵ Die vorliegende Arbeit ist die überarbeitete Fassung einer Seminararbeit, die im Zusammenhang des im Sommersemester 2005 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Greifswald abgehaltenen Hauptseminars „Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland“ geschrieben wurde. Herzlich danken möchte ich vor allem Stefan Fietz für wichtige Hinweise bei der Strukturierung des Textes sowie zur Verdeutlichung der Argumentation.

⁶ <http://www.hatecrew88.com>, 28. September 2005.

2. UECKERMÜNDE – KURZES LAGEBILD DER KOMMUNE

2.1. Soziale, wirtschaftliche und kommunalpolitische Situation

Die Kleinstadt Ueckermünde, anerkannter Erholungsort, liegt nördlich im Uecker-Randow-Kreis, dem südöstlichsten Landkreis in Mecklenburg-Vorpommern. Am 31. Dezember 2004 lebten in der Stadt 10.871 Menschen, wobei die Kommune unter dem regionentypischen Negativsaldo zwischen Fort- und Zuzügen (-110) leidet. Der gleiche Trend gilt für die Faktoren Geburten- sowie Sterberate (-80), so dass die Stadt allein im Jahr 2004 189 Einwohner verlor. In Prozent beträgt die Veränderung -1,7, womit Ueckermünde nach der Kreisstadt Pasewalk (12.102 Einwohner / -1,4 Prozent) zwar zu den Städten zählt, die innerhalb des Landkreises am wenigsten unter der Abwanderung zu leiden haben.⁷ Der Landkreis Uecker-Randow verliert jedoch insgesamt die meisten Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern. Im März 2005 lag die Einwohnerzahl dort bei 78.330⁸, im September des gleichen Jahres schon nur noch bei 77.434 Menschen.⁹ Prognostiziert wird, dass der Kreis im Jahr 2010 nur noch über 68.324 Einwohner verfügt und diese Zahl 2020 auf 53.597 abgesunken sein wird.¹⁰ Schon jetzt zählt die Gegend mit einer Bevölkerungsdichte von 49 Einwohnern je Quadratkilometer zu den am dünnsten besiedelten Gebieten in Deutschland.

Der Landkreis hat zudem die höchste Arbeitslosenquote im gesamten Bundesgebiet zu verzeichnen. Im Juni 2005 waren dort 11.069 Menschen ohne Arbeit, was einer Arbeitslosenquote von 30,4 Prozent entspricht.^{11,12} Dieser Zahl standen im gleichen Monat nur 270 gemeldete Arbeitsgelegenheiten gegenüber.¹³ Selbst Wolfgang Clement (SPD), damaliger Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, beschloss seinen Besuch in Uecker-Randow im Sommer 2005 mit der Erkenntnis: „Ich weiß, dass diese Region, um es diplomatisch zu sagen, in größten Schwierigkeiten steckt.“¹⁴ Gezeichnet durch Abwanderung und Arbeitslosigkeit gehört der Kreis zu den ärmsten und strukturschwächsten Gegenden in der Bundesre-

⁷ Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (2005): Statistische Berichte. Bevölkerungsentwicklung der Kreise und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, S. 54.

⁸ Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (2005): Zahlenspiegel Mecklenburg-Vorpommern, August 2005, S. 13.

⁹ Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (2005): Zahlenspiegel Mecklenburg-Vorpommern, Februar 2006, S. 13.

¹⁰ Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (2005): Statistische Berichte. Bevölkerungsentwicklung bis 2020. Landkreis Uecker-Randow, S. 2-3.

¹¹ Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (2005): Zahlenspiegel Mecklenburg-Vorpommern, August 2005, S. 14.

¹² In Bezug auf alle abhängig beschäftigten Erwerbspersonen.

¹³ Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord, Presseinformation 38/2005, Übersicht 9.

¹⁴ Süddeutsche Zeitung, 25. August 2005, S. 5.

publik. Die Stimmung in der Bevölkerung ist in weiten Teilen von Unzufriedenheit, sozialer Unsicherheit und Perspektivlosigkeit geprägt.

Einen Ausweg aus dieser dramatischen Situation sucht die Region, indem sie sich wirtschaftlich auf den Tourismus konzentriert. Sie will damit vom Erfolg desjenigen Wirtschaftszweiges profitieren, der sich in Mecklenburg-Vorpommern seit der Wende am besten entwickelt hat. Mit den anderen Landesteilen kann sie jedoch in diesem Bereich kaum mithalten. Für den Mai 2005 zählt die Statistik 7.167 Gästeankünfte im Landkreis, was zwar eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahresmonat um 11,1 Prozent bedeutet. Jedoch bleibt die Region in dieser Kategorie das Schlusslicht des Bundeslandes. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Touristen betrug im Vergleichsmonat 2,4 Tage. Schlechter war hier im Mai 2005 nur der Landkreis Ludwigslust (2,1 Tage).¹⁵ Allein in diesem Jahr gingen die Übernachtungszahlen um 9,5 Prozent zurück. Im Rest des Landes betrug dieser Rückgang nur 5,2 Prozent.¹⁶ Viele Reisende zieht die Region am Stettiner Haff, trotz der Nähe zum Touristenmagnet Usedom und der geringen Entfernung zu Berlin, also nicht an. Diese mäßigen Erfolge in der touristischen Entwicklung haben auch Auswirkungen auf den Umgang mit rechtsextremistischen Umtrieben, was noch konkreter erörtert werden soll.

Entsprechend der Kommunalverfassung des Landes verfügt Ueckermünde über 25 Stadtvertreter, deren Mandate sich wie folgt aufteilen: Die CDU besetzt elf, die PDS neun, die SPD zwei und „die Sozialen“ kommen auf ebenfalls zwei Sitze in dem Kommunalparlament. Die FDP ist mit einem Mandat vertreten. Als hauptamtliche Bürgermeisterin wurde 2003 Heidi Michaelis (PDS) gewählt, die knapp über 60 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Wie zu zeigen sein wird, hat indes auch sie die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vor Ort nicht in dem Maße vorangebracht, wie man es zunächst von einer Bürgermeisterin einer prononciert linken Partei erwarten würde.

2.2. Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund

Vom rechtsextremen Potenzial in Ueckermünde zeugen etliche Vorkommnisse. Diese können entweder mit einer rechtsextremen Gesinnung in Verbindung gebracht werden oder sind eindeutig der rechtsextremen Szene zuzurechnen.

Als es etwa im Mai 2005 darum geht, drei jungen Wölfen im Tierpark Ueckermünde ihre Namen zu geben, ist die Lostrommel am Ende mit 40 Vor-

¹⁵ Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (2005): Zahlenspiegel Mecklenburg-Vorpommern, August 2005, S. 16.

¹⁶ Nordkurier, überregionale Ausgabe, 3. September 2005.

schlägen der Besucher gefüllt. Darunter finden sich auch die Namen „Thor“ und „Wotan“, deren Ideengeberin schließlich zu den Gewinnern gehört. Zwar klärt die örtliche Lokalausgabe des „Nordkurier“ darüber auf, dass Wotan (Gott des Todes und Krieges) und Thor (Wotans Sohn) in die germanische Sagenwelt einzuordnen seien.¹⁷ Die aktuelle Bedeutung beider Götter im Zusammenhang mit dem eifrig betriebenen Germanenkult der Rechtsextremisten erwähnt jedoch niemand. Prominente Markennamen wie „Thor Steinar“ oder rechtsextreme Musiklabel, die sich „Wotan-Records“ nennen, lassen aber an der Bedeutung von Thor und Wotan in der rechtsextremen Szene keine Zweifel. Zudem steht Wotan als Abkürzung für „Will of The Arian Nation“.

Der geschilderte Vorfall hat sicher nur symbolischen Wert. Viele andere haben sehr viel handfestere Konsequenzen. Der Opferberatung „Lobbi“ zufolge¹⁸ ist es in der Region um Ueckermünde zwischen Juni 2001 und Mai 2005 zu mindestens 20 Vorfällen mit rechtsextremistischem Hintergrund gekommen. Neben gewalttätigen Angriffen auf Andersdenkende und Jugendliche, die sich rechtsextremen Umtrieben entgegenzustellen versuchen, zählen dazu auch illegale Aufmärsche und Rechtsrock-Konzerte. Bei einigen dieser Vorfälle sind Menschen zu Schaden gekommen. Auf zwei Fälle soll kurz näher eingegangen werden, wobei nicht beabsichtigt ist, damit eine Gewichtung der Vorkommnisse vorzunehmen bzw. einige Angriffe besonders hervorzuheben, während andere unerwähnt bleiben.

Zwei 16-jährige Punks werden am 25. Mai 2002 von mehreren Neonazis im Alter zwischen 17 und 20 im Stadtteil Ueckermünde-Ost zusammengeschlagen. Das Geschehen spielt sich direkt vor einer gut besuchten Eisdiele ab. Keiner der Gäste besitzt jedoch die Courage einzuschreiten. Lediglich der Besitzer bekommt Angst vor einer geschäftsschädigenden Wirkung. Er bittet die Gewalttäter, ihre Opfer an einem anderen Ort weiter zu misshandeln und nicht direkt vor seiner Einrichtung. Nicht einmal die Polizei will er rufen. Nachdem die beiden bereits am Boden liegen, hetzen die rechtsextremen Täter einen Kampfhund auf sie. Schwere Verletzungen, besonders im Gesicht, sind das Ergebnis der Misshandlungen, bei denen die Schläger auch nicht davor zurückschrecken, auf die Köpfe der Betroffenen zu springen. Ohnmächtig und blutüberströmt lassen sie die Punks in einem kleinen Waldgebiet nahe der Eisdiele zurück. 40 Monate dauert es, bis es überhaupt zum Prozess kommt. Immer wieder müssen die Eltern der Opfer die Ermittlungen der Polizei persönlich vorantreiben. Noch im August 2002 tappen die Beamten völlig im Dunkeln und wissen nicht, wer die Täter wa-

¹⁷ Nordkurier, Lokalausgabe Ueckermünde, 9. Mai 2005.

¹⁸ <http://www.lobbi-mv.de/chronolo/2002.htm>, 30. August 2005.

ren. Schließlich nennen ihnen die Eltern der linken Jugendlichen alle Namen, die ihnen bereits zwei Tage nach der Tat bekannt waren. Der Überfall sollte nach ihrer Überzeugung vor der Öffentlichkeit geheim gehalten werden.¹⁹ Im Oktober 2005 werden zwei der vier Angeklagten zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt. Ohne Frage hat sich der lange Zeitraum zwischen Tat und Prozess strafmildernd ausgewirkt.²⁰

Nur wenige Wochen später, im Juni desselben Jahres, wird ein evangelisches Jugendcamp mitten in der Stadt von Rechtsextremen mit Pflastersteinen beworfen. Ein Pfarrer und drei weitere Jugendliche aus Leipzig werden dabei verletzt. Mit Theater und Musik hatten die Sachsen in Ueckermünde mit den Menschen vor Ort über religiöse Themen ins Gespräch kommen wollen. Zwar werden auch mit den 20-jährigen Neonazis zunächst ein paar Worte gewechselt, als diese um kurz vor Mitternacht am 17. Juni 2002 im Zelt der Gruppe aufkreuzen, jedoch scheinen die Angreifer mit verbaler Kommunikation nicht viel anfangen zu können. Kurze Zeit später fliegen Steine und das Stromkabel wird gekappt. Damit erst gar keine Zweifel über den Hintergrund der Aktion aufkommen, rollen die Rechtsradikalen ein Transparent mit der Aufschrift „Odin statt Jesus“ aus und brüllen fortwährend: „Heil Hitler“. Trotz des Vorfalls bleibt die christliche Gruppe wie geplant bis Ende Juni in der Stadt. „Wir merken, dass viele Leute hier vor den Rechten Angst haben. Denen wollen wir Mut machen“, sagt damals der leitende Pfarrer des Jugendcamps.²¹

Solche Vorfälle sind Grund genug, sich die rechtsextreme Szene in Ueckermünde etwas genauer anzusehen und zugleich eine Antwort auf die Frage zu versuchen, warum rechtsextreme Aktivitäten vor Ort auf so wenig Gegenwehr stoßen.

3. PARTEIGEBUNDENER RECHTSEXTREMISMUS: AKTIVITÄTEN DER NPD IN UECKERMÜNDE

Der Rechtsextremismus in Ueckermünde ist nicht parteigebunden. So verfügt die NPD, obwohl sie aktiv am Umsturz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik arbeitet und gegenwärtig die auffälligste und auch gefährlichste rechtsextreme Partei ist²², in Ueckermünde nicht einmal über einen eigenen Ortsverband. Auch im Landkreis Uecker-Randow existiert

¹⁹ Nordkurier, Lokalausgabe Ueckermünde, 8. Oktober 2005.

²⁰ Lobbi e.V., Pressemitteilung, 11. Oktober 2005.

²¹ Ostsee-Zeitung, 20. Juni 2002, S. 4.

²² Zur dieser Bedeutung der NPD vgl. Richard Stöss (2005): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich Ebert-Stiftung, S. 132-143.

kein selbstständig arbeitender Kreisverband. Dies ist symptomatisch für ihre relativ entwickelten Parteistrukturen in Mecklenburg-Vorpommern, vergleicht man diese beispielsweise mit den Verhältnissen in Sachsen.

Der Verfassungsschutzbericht 2004 zählt im gesamten Bundesland etwa 100 Mitglieder, macht aber, bedingt durch den Erfolg bei den Landtagswahlen in Sachsen, einen Motivationsschub aus, so dass die Mitgliederzahl für 2005 leicht ansteigend auf 110 geschätzt wird.²³ Allerdings treten in letzter Zeit verstärkt sog. „freie Nationalisten“ – Rechtsextreme, die sich bislang jeglicher Parteimitgliedschaft gegenüber distanziert zeigten – in die NPD ein, was deren Mitgliederzahl weiter erhöht hat, als vom Verfassungsschutz hochgerechnet. Nach Informationen des NPD-Landesvorsitzenden Stefan Köster verfügt die Partei in Mecklenburg-Vorpommern über mehr als 220 Mitglieder bei steigender Tendenz.²⁴ Dennoch ist die Partei zum Beispiel im Vergleich zum Bundesland Sachsen vor der dortigen Landtagswahl im Herbst 2004 sehr viel schwächer aufgestellt. Dort verfügt die NPD derzeit über mittlerweile circa 1.000 Mitglieder.²⁵

Die Angaben, von welchem Kreisverband der Bereich Uecker-Randow mitbetreut wird, sind widersprüchlich. Auf der Internetseite der Landes-NPD heißt es, der Landkreis Uecker-Randow sei dem Kreisverband Neubrandenburg angeschlossen, währenddessen der Online-Auftritt der Bundes-NPD auf den ersten Blick eine Verbindung zu den Kreisverbänden Parchim, Schwerin, Ludwigslust und Wismar herstellt.²⁶ Für alle Gebiete wird eine übereinstimmende Postfachadresse angegeben, die zudem mit der der Landesgeschäftsstelle in Boizenburg identisch ist.²⁷ Dabei dürfte davon auszugehen sein, dass dies ein Tribut an die mangelnde personelle Deckung in den betreffenden Kreisen ist und die Posteingänge deshalb zentral in der Landesgeschäftsstelle aufgefangen werden. Zwar ist die Partei in Mecklenburg-Vorpommern in sieben Kommunalparlamenten vertreten, jedoch mangels Kandidaten vor Ort nicht in Ueckermünde selbst oder im Landkreis Uecker-Randow. Demnach können auch für die Kommunalwahlen 2004 keine Ergebnisse herangezogen werden. Es besteht allerdings kaum Zweifel, dass die NPD, wie im Nachbarkreis Ostvorpommern geschehen, auch in Uecker-Randow mühelos mit ein oder zwei Kandidaten in den Kreistag eingezogen wäre. Bei Europawahlen etwa konnte die Partei ihre Ergebnisse dort seit 1994

²³ Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern (2005): Verfassungsschutzbericht 2004, Pressefassung, S. 47.

²⁴ Ostsee-Zeitung, 13. Januar 2006, S. 3.

²⁵ Innenministerium Sachsen (2006): Verfassungsschutzbericht 2005, Kurzfassung, S. 4; vgl. auch Klaus Gertoberens (Hg.) (2004): Die braune Gefahr in Sachsen. Personen, Fakten, Hintergründe. Dresden: Edition Sächsische Zeitung.

²⁶ <http://www.npd-mv.net>, 15. August 2005.

²⁷ http://npd.npd.de/npd_verbaende/mecklenburg_vorpommern.html, 15. August 2005.

(0,3 Prozent/119 Stimmen) bei jedem Wahlgang mehr als verdoppeln (1999: 0,8 Prozent/278 Stimmen, 2004: 2,2 Prozent/660 Stimmen).^{28,29}

Auch ohne eigenen Ortsverband ist die NPD jedoch in Ueckermünde z.B. durch Verteilung von Flugblättern präsent. Zudem sind seit vergangenem Jahr Aufkleber der NPD-Postille „Deutsche Stimme“ und Plakate auffällig, mit denen sich die Partei um Sympathien in der Bevölkerung bemüht. Inhaltlich werden dabei Themen wie der Sozialabbau durch die Hartz-Gesetze herangezogen. Außerdem bestehen enge Verbindungen zwischen der NPD und rechtsextremistischen Gruppierungen vor Ort. So traten etwa bei den von Kameradschaften in Ueckermünde organisierten Demonstrationen bereits mehrfach regionale NPD-Kader wie Dirk Arendt aus Stralsund und Michael Andrejewski aus Ostvorpommern auf. Standen 2004 in deren Reden noch Themen wie die Umsiedlung des Asylbewerberheimes ins Stadtzentrum (vgl. S. 24) oder Hartz IV im Mittelpunkt, lag der Fokus 2005 ganz auf dem Bundestagswahlkampf. Dabei wurde alles aufgegriffen, womit sich nach Ansicht der NPD polarisieren lässt. Am 29. Juli 2005 wettete Andrejewski beispielsweise gegen die Politik des Landkreises, jungen polnischen Studierenden preisgünstigen, ohnehin leer stehenden Wohnraum und unter Umständen ein minimales Arbeitsverhältnis anzubieten (er rekurriert unter Beimischung der üblichen rechtsextremen Rhetorik – „Da wäre mancher Deutsche froh, wenn ihm das einmal angeboten würde.“ – auf einen Bericht des ZDF-Magazins „Frontal21“, welcher drei Tage zuvor ausgestrahlt wurde.)^{30,31}

Auch ohne Parteiausweis trat der 27-jährige „freie Nationalist“ Tino Müller, der u.a. als Vorsitzender der Bürgerinitiative „Schöner und sicherer wohnen in Ueckermünde“ fest in der rechtsextremen Szene der Stadt etabliert ist, für die NPD als Direktkandidat des Wahlkreises 18 im Bundestagswahlkampf an.³² Auf der Landesliste nahm er gleich nach den regionalen NPD-Größen Andrejewski und Arendt Platz drei ein. Im Dezember 2005 trat Müller schließlich gemeinsam mit den bekannten Neonazis Lutz Giesen und Michael Gielnik in die NPD ein.³³ Für die Landtagswahl 2006 hat er sich auf der NPD-Landesliste den zweiten Platz gesichert.

Durch enge informelle und persönliche Verbindungen mit dem rechtsextremen Spektrum vor Ort versucht die NPD in Ueckermünde wie auch sonst in

²⁸ <http://www.bundeswahlleiter.de/euro99/d/t/kr13062.htm>, 15. August 2005.

²⁹ http://www.statistik-mv.de/index_lwahl.htm?/pages/txt_wahlen_kommunal.htm, 15 August 2005.

³⁰ Rede von Michael Andrejewski, gehalten in Ueckermünde am 29. Juli 2005.

³¹ Frontal21, Sendung vom 26. Juli 2005, Beitrag: Bevölkerungsimport nach Vorpommern – Ostdeutschland lockt junge Polen.

³² <http://www.npd-mv.net>, 29. August 2005.

³³ <http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/meldungen1205/neonaziszurnpd>, 13. Februar 2006.

Deutschland ein stabiles rechtsextremes Milieu aufzubauen. So erhält sie auch ohne eigene Strukturen Unterstützung, kann aber andererseits über ihre Verbindungen vor Ort politischen Einfluss ausüben. Mit Blick auf die Landtagswahlen 2006 wird die NPD diese Kontakte weiter ausbauen. Dies kann deshalb erwartet werden, weil es oberste Priorität der Partei ist, den Erfolg von Sachsen zu wiederholen und ins Schweriner Schloss einzuziehen. Die Bundestagswahl 2005 war nicht mehr als eine Generalprobe für den „Sturm auf den Landtag“³⁴, die aus Sicht der NPD perfekt gelungen ist. 9,1 Prozent der Ueckermünder votierten am 18. September 2005 für die NPD. Im Einzugsbereich des Wahllokals, wo auch Bundestagskandidat Müller selbst wohnt, kam die Partei sogar auf 21 Prozent.³⁵ Die NPD verfügt in der Kleinstadt also durchaus über ein erhebliches Wählerpotenzial. Lediglich ihre schwachen Strukturen sowie das, bis auf Ausnahme von Tino Müller, nur wenig schlagkräftige Personal hindern sie daran, auch in Ueckermünde kommunalpolitisch ein größeres Gewicht zu erlangen.

Wenn die NPD in Ueckermünde zwar über einen gewissen Einfluss verfügt, organisatorisch aber in der Stadt nicht verankert ist – welche rechtsextremen Gruppierungen sind sonst vor Ort anzutreffen?

Zunächst sind in Ueckermünde zwei Kameradschaften aktiv: die „Aryan Warriors“ sowie die „National-Germanische Bruderschaft“ (NGB). Neben den Kameradschaften haben sich zwei sog. „Kulturkreise“, der „Heimatbund Pommern“ und der „Kulturkreis Pommern“ etabliert. Außerdem gründete sich die Bürgerinitiative „Schöner und sicherer wohnen in Ueckermünde“. Ehe die beiden Kameradschaften näher vorgestellt werden, scheint es ratsam, kurz darauf einzugehen, was Kameradschaften sind und worin sie sich von einer Partei wie der NPD unterscheiden. In Anschluss werden die Aktivitäten der „Kulturkreise“ sowie der rechtsextremen Bürgerinitiative dargestellt.

4. RECHTSEXTREME KAMERADSCHAFTEN

„Kameradschaft ist nicht nur ein Wort. Kameradschaft heißt Zusammenhalt an jedem Ort. Kameraden werden füreinander alles geben. Wir bleiben Kameraden, solange wir leben“, besingt Marko Gottschalk, Frontmann der Dortmunder Rechtsrock-Gruppe „Oidoxie“, in seinem Song „Nicht nur ein Wort“ das, was Kameradschaften für junge Leute so attraktiv macht.³⁶ Es ist die Gemeinschaft, die ihnen dort geboten wird, ohne dass sie sich institutionellen Strukturen unterwerfen müssen. Fast alle der etwa 120 Rechtsrock-Bands in Deutschland

³⁴ Ostsee-Zeitung, 27. Juli 2005, S. 4.

³⁵ Nordkurier, Lokalausgabe Ueckermünde, 21. September 2005.

³⁶ Oidoxie (1998): Nicht nur ein Wort, Album: Schwarze Zukunft.

schwören in ihren Texten auf den Zusammenhalt, der in einer Kameradschaft mehr ist als einfach nur Freundschaft, singen vom Füreinander-Dasein, vom Glauben daran, niemals allein zu sein.³⁷

4.1. Organisationsmodell ohne feste Strukturen

In Mecklenburg-Vorpommern existieren zumindest 25 namentlich bekannte Kameradschaften, wobei es wenig Angaben über Mitgliederzahlen und Aktivitäten gibt. Die ersten Rechtsextremen, die sich in dem Bundesland als Kameradschaft organisierten, waren 1991 die „Greifswalder Nationalsozialisten“ (GNS) unter der Führung von Maik Spiegelmacher. Allerdings löste sich die Gruppe schon nach kurzer Zeit wieder auf, als Spiegelmacher sich für einen Brandanschlag verantworten musste.³⁸ Da die Stärke der Kameradschaftsszene ein besonderes Merkmal des Rechtsextremismus in Ueckermünde ist, soll auf diesen vergleichsweise neuen Organisationstyp des Rechtsextremismus im Folgenden zunächst etwas genereller eingegangen werden.

Eine freie Kameradschaft besteht zumeist aus einer überschaubaren Zahl von Mitgliedern, die sich zwischen fünf und 30 bewegt. Obwohl auch Frauen am Kameradschaftsleben teilhaben, dominieren in der Öffentlichkeit Männer im Alter von 18 bis 35 Jahren. Dazu gesellen sich zahlreiche Interessierte aus dem jeweiligen lokalen Umfeld. In der BRD gibt es knapp 200 aktive Gruppen.³⁹

Die Idee, das Kameradschaftsmodell massiv zu forcieren, geht auf den exponierten Hamburger Neonazi Christian Worch zurück. Seit 1998, nach einer Reihe von Verboten gegen kleinere rechtsextreme Vereinigungen in den Jahren 1992 bis 1995, hat sich Worch dem Verfahren verschrieben, Organisationen ohne Organisation zu schaffen. Junge Menschen sollen in Kameradschafts- statt Parteistrukturen gebündelt werden. Weil weder Mitgliedlisten noch Vereinsstatute existieren, sind die Vereinigungen von außen nur schwer zu durchschauen und greifbar. Was auf dem Papier gar nicht existiert, kann auch nicht verboten werden, so die Idee. Diese Taktik hat neben ihrer Verbotsresistenz den Vorteil, dass sie es einfacher macht, junge Leute anzulocken, die zwar an der in den Songtexten viel besungenen Gemeinschaft teilhaben wollen, aber wenig Wert auf Parteibürokratie oder Ähnliches legen und keine Lust haben, erst irgendwo unterschreiben zu müssen, bis sie mitmachen dürfen. Keine Scheu vor Antisemitismus,

³⁷ Speit, Andreas (2005): Mythos Kameradschaft. Gruppeninterne Gewalt im neonazistischen Spektrum. Hg. von der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen e.V., Braunschweig, S. 9.

³⁸ Argumente Netzwerk antirassistischer Bildung e.V. (2002): ... in der Mitte angekommen. Rechtsextremismus und gesellschaftliche Gegenaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, S. 66.

³⁹ Speit, Andreas (2005): Wir marschieren bis zum Sieg. In: Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hg.): Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD, Berlin: Ch. Links, S. 21.

Rassismus, Neonazismus und die Bereitschaft, sich regelmäßig locker zu treffen – mehr braucht es nicht.

Die Aktionsfelder der Kameradschaften lassen sich in drei Bereiche untergliedern: Erstens: Propagieren eigener politischer Inhalte und Ausbau der Bewegung. Zweitens: Aufnahme von öffentlichen, tagesaktuellen Themen und drittens, die Bekämpfung politischer Feinde.⁴⁰ Stehen im ersten Fall öffentliche Aufmärsche oder Schulungen sowie Wehrsportübungen in den eigenen Reihen im Mittelpunkt, werden unter zweitens konkrete politisch motivierte Kampagnen angestoßen, wobei Themen gewählt werden, die besonders bei sozial schwächeren Bevölkerungsschichten auf fruchtbaren Boden fallen. Darin eingeschlossen sind diverse Aktionen gegen Hartz IV oder die Verlegung von Asylbewerberheimen in die Innenstädte. Eines der großen Kameradschaftsthemen war die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944.“ Im Sommer 2003 versuchte so die „Pommersche Aktionsfront“ (PAF), ein regionaler Dachverband verschiedener Kameradschaften im Osten von Mecklenburg-Vorpommern, unter dem Motto „Opa war in Ordnung – unsere Großväter waren keine Verbrecher“ an alte Ideale gegen die in Peenemünde gezeigten Exponate zu appellieren und sich damit in Teilen der Bevölkerung hoffähig zu machen. Die Bekämpfung politischer Feinde – das dritte große Aktionsfeld der Kameradschaften – erfolgt vorrangig durch die Anti-Antifa-Arbeit, bei der Neonazis gezielt Informationen über Personen sammeln, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, darüber aufklären oder, im Fall von Richtern und Staatsanwälten, rechtsextremen Delinquenten den Prozess machen. Ebenfalls darunter fällt die Schaffung von sog. „no-go-areas“ bzw. „national befreiten Zonen“, wobei der Unterschied zwischen den beiden Konzepten im Alltag oft verwischt wird. Als „no-go-area“ gilt ein Gebiet, in das sich Fremde und Andersdenkende nicht mehr hineintrauen, weil sie permanent damit rechnen müssen, von rechtsextremen Gruppen angegriffen zu werden. Aus „national befreiten Zonen“ sollen Fremde und Andersdenkende nicht nur durch Gewaltandrohung fern gehalten werden. Hier geht es zusätzlich darum, durch soziale, intellektuelle und kulturelle Angebote die Bevölkerung für sich zu gewinnen.⁴¹ Das Konzept der „no-go-areas“ wird erweitert um den Einfluss auf die Köpfe, also das Bewusstsein der Menschen, womit sich die „national befreiten Zonen“ als ein umfassenderer Ansatz herausstellen. Verwirklicht wird dies mit der Schaffung einer eigenen Infrastruktur und durch die Einbeziehung der örtlichen Bevölkerung,

⁴⁰ Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen e.V. (2002): Freie Kameradschaften, Braunschweig, S. 30.

⁴¹ Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) (1991): Schafft befreite Zonen! In: Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie & Strategie. Nr. 2, Juni 1991.

wodurch Akzeptanz geschaffen wird. Ein probates Mittel „national befreite Zonen“ zu schaffen, sind Immobilienkäufe. Die Objekte sollen als Schutzraum nach innen bzw. Kontaktraum nach außen fungieren.⁴² Auch eigene Läden und Druckereien gehören zu dieser Infrastruktur, die dazu dient, eine wirtschaftliche Unabhängigkeit der Szene zu erreichen. Wichtig ist es, nicht über die ganze Stadt verteilt zu sein, sondern sich auf ein Wohngebiet oder einen Straßenzug zu konzentrieren und dort mit der Bevölkerung in intensiven Kontakt zu treten.⁴³ Nachbarschaftshilfe heißt das Stichwort, und soziale Hegemonie wird mit Hilfe von Deutschen für Deutsche gesichert. Die rechtsextreme Macht ist nicht von oben gewaltsam diktiert, sondern es soll eine Akzeptanz rechtsextremer Strukturen und Vorstellungen von unten entstehen, die die rechtsextremen Aktivitäten stützt. Dennoch sind kameradschaftstypische Gewalt und Gewaltandrohung jederzeit präsent.

Historisch orientieren sich die Kameradschaften offen an der nationalsozialistischen SA und deren Symbolen und sozialrevolutionären Rhetorik. Die stoisch wiederkehrende Bezugnahme auf Sturmbannführer Horst Wessel sowie das Ziel, Herrschaft über die Straßen zu erlangen, zeugt von dieser selbst gezogenen historischen Leitlinie. Auch die Vielzahl von Aufmärschen und Kundgebungen, begleitet von Trommeln und Fahnen, lassen deutliche Parallelen erkennen. Nicht zuletzt zählt der Mythos einer verschworenen Männergemeinschaft, der von den Kameradschaften am Leben erhalten wird.⁴⁴

4.2. Hierarchie und Netzwerke der Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern

Auch wenn die Kameradschaften vorgeben, als unabhängige und freie Organisationen ausschließlich in ihrem regionalen Wirkungskreis zu agieren, sind sie in eine feste Struktur aus Bündnissen und Aktionsbüros eingebunden, die besonders für die Steuerung von überregionalen Aktionen notwendig ist. In Mecklenburg-Vorpommern lassen sich im Wesentlichen drei Ebenen erkennen, über die die Arbeit der Kameradschaftsszene gesteuert wird. Ganz oben stehen

⁴² Bundschuh, Stephan (2004): Rechtsextremismus und Sozialraum. In: Deutsches Jugendinstitut Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (Hg.): Sozialraumorientierung und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Jugendarbeit, Halle, S. 11.

⁴³ Argumente. Netzwerk antirassistischer Bildung e.V. (2002): ... in der Mitte angekommen. Rechtsextremismus und gesellschaftliche Gegenaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, S. 53.

⁴⁴ Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen e.V. (2002): Freie Kameradschaften, Braunschweig, S. 22-23.

die so genannten „Aktionsbüros“ oder „Aktionsbündnisse“. Vier gibt es davon bundesweit. Mecklenburg-Vorpommern steht sowohl unter dem Einfluss des „Nationalen und Sozialen Aktionsbüros Norddeutschland“ (NSAN) und des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Mitteldeutschland“ (NSAM). Während das NSAN besonders durch den Zuzug des Hamburger Rechtsextremisten Thomas Wulff nach Amholz im westlichen Teil des Bundeslandes an Relevanz gewann, steht Vorpommern stärker unter dem Einfluss des NSAM. Kontakte der dort ansässigen Kameradschaften nach Berlin und Brandenburg sowie während Demonstrationen mitgeführte Transparente und öffentlich ausgehängte Plakate deuten klar darauf hin.

Unterhalb dieser Struktur kümmern sich zwei Bündnisse um die Vernetzung der Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern selbst. Neben der „Mecklenburgischen Aktionsfront“ (MAF) entfaltet in Vorpommern das „Soziale und Nationale Bündnis Pommern“ (SNBP) seine Aktivitäten. Bis zum 7. Januar 2005 nannte sich dieser regionale Dachverband mehrerer Kameradschaften „Pommersche Aktionsfront“. Auf der dazugehörigen Internetseite wurde dann kurz mitgeteilt: „Mit sofortiger Wirkung löst sich die PAF – Pommersche Aktionsfront auf. Die Gründe dafür liegen darin, dass die Agitationsform einer Aktionsfront nicht mehr zweckmäßig ist.“⁴⁵ Zweckmäßig erschien es den Verantwortlichen stattdessen, sich zunehmend an der Wolf-im-Schafspelz-Taktik zu orientieren, weshalb der etwas zu radikal anmutende Begriff „Aktionsfront“ durch die zeitgemäßerem Schlagworte „sozial“ und „national“ ersetzt wurde. Der Wechsel ging innerhalb weniger Wochen vonstatten. Bereits am 18. Februar vermeldete das rechtsextreme „Stoertebeker-Netz“ die Gründung des SNBP, das sich selbst als einen unabhängigen Personenzusammenschluss, der allen, „die sich zu Volk und Kultur bekennen“, als Informations- und Nachrichtenportal dienen sollte, bezeichnet.⁴⁶ Zudem strebt das SNBP eine verstärkte Zusammenarbeit mit der NPD an. Nicht nur, dass zwei Kandidaten auf der NPD-Landesliste für die Bundestagswahlen 2005, nämlich der bereits erwähnte Tino Müller und Michael Gielnik (im Dezember 2005 traten beide zudem in die NPD ein; vgl. S. 11-12), führende Köpfe beim SNBP sind. Auch hat das Bündnis im gleichen Jahr alle Demonstrationen in Vorpommern zusammen mit der Partei organisiert. Zusätzlich ist die Zusammenarbeit zwischen SNBP und MAF 2005 intensiviert worden, wie einige gemeinsam unterzeichnete Demonstrationsaufrufe zeigen. Eingebunden in dieses Organisationssystem agieren die freien Kameradschaften in Meck-

⁴⁵ <http://www.pommersche-aktionsfront.de.vu>, 25. November 2004 (nicht mehr erreichbar).

⁴⁶ <http://www.verfassungsschutz-mv.de>, Kurzmeldung: „Soziales und Nationales Bündnis Pommern“ (SNBP) gegründet, 4. März 2005.

lenburg-Vorpommern erst unterhalb der Struktur aus „Aktionsbüros“, SNBP sowie MAF.

Die Kameradschaftsszene ist somit hierarchisch von oben nach unten als auch netzwerkartig in die Breite strukturiert. Dennoch bleiben die Kameradschaften trotz dieser klaren Gliederung Organisationen ohne Organisation. Zugehörigkeit und Verbindlichkeit wird nicht über formale Mitgliedschaften geschaffen, sondern über persönliche Verbindungen, über Bekanntschaften und Kontakte. Die Kameradschaftsszene ist somit durch einen hohen Grad von Informalität gekennzeichnet.

5. DIE KAMERADSCHAFTEN IN UECKERMÜNDE: „NATIONAL-GERMANISCHE BRUDERSCHAFT“ UND „ARYAN WARRIORS“

In Ueckermünde wie im gesamten Landkreis Uecker-Randow findet die Organisation der rechtsextremen Szene über das „Soziale und Nationale Bündnis Pommern“ (SNBP) statt. In Ueckermünde selbst können zwei ansässige Kameradschaften dem SNBP zugerechnet werden, die „Aryan Warriors“ sowie die „National-Germanische Bruderschaft“ (NGB).

Im Neubaugebiet Ueckermünde-Ost haben sich die „Aryan Warriors“ und die NGB in einem Garagenkomplex gegenüber den Wohnblocks an der Belliner Straße eine Art „Wolfsschanze“ eingerichtet. Zwei nebeneinander liegende Garagen wurden dort von den „arischen Kriegern“ gekauft und für ihre Zwecke entsprechend umgerüstet. Tresen, Kojen und eine Musikanlage – alles, was nötig ist, um die am Waldrand gelegene Garagenanlage in einen Ort zu verwandeln, an dem sich Rechtsextremisten aus der Region, aber auch aus anderen Gegenden ungestört und unbehelligt von der Öffentlichkeit treffen können. Der Reichsadler wird unverhohlen gezeigt und oftmals ist an lauen Sommerabenden auch „Lunikoffs“⁴⁷ Stimme schon von weit her zu vernehmen.

Das Auftreten der „Aryan Warriors“ ist martialisch. Keltenkreuz, Stiernacken, mit Muskeln bepakte Oberarme, dunkle Sonnenbrillen – und auch sonst deutliche Anleihen aus dem Skinhead-Milieu. Berührungsangst mit den „Warriors“ scheint dennoch nicht die hauptsächliche Reaktion auf sie zu sein: „Seitdem die hier sind, werden keine Autos mehr geklaut“, sagt eine Anwohnerin.⁴⁸

Die Anhänger der NGB treten dagegen zurückhaltender auf. Karierte Hemden, ordentliche Seitenscheitel und kaum jemand ist älter als Mitte zwanzig. Sie geben sich im Gegensatz zu den „Aryan Warriors“ eher als die netten Jungs

⁴⁷ Michael Regener, genannt „Lunikoff“, Sänger der inzwischen verbotenen Neonazi-Band „Landser“

⁴⁸ die tageszeitung, 9.November 2004, S. 4.

von nebenan, weshalb man ihnen in der Kleinstadt mit noch weniger Vorurteilen begegnet.⁴⁹ Auf Sätze wie „Die halten Ueckermünde sauber“ muss man in Gesprächen mit Anwohnern nicht lange warten. Die Mitglieder der NGB sind nicht wie die „Warriors“ Typen, „denen man nicht im Dunkeln begegnen möchte“, wie ein Beobachter sagt, sondern darauf getrimmt, ihre rechtsextreme Ideologie im Schongang unters Volk zu bringen. Lokale Probleme dienen ihnen dabei als Transmissionsriemen, wie zum Beispiel das geplante Asylbewerberheim in der Innenstadt (vgl. S. 24-26). Und so stört sich zumindest in Ueckermünde-Ost niemand daran, als am 10. Juli 2004 etwa 200 Neonazis das dreijährige Bestehen der „Aryan Warriors“ gebührend, aber unangemeldet feiern. Für diesen Zweck wird der öffentliche Raum vor den Garagen illegal okkupiert. Von außen ist das Geschehen mit Stellwänden abgeschirmt. Trotzdem hält es die Polizei nicht für nötig einzuschreiten, obwohl der Rechtsrock einschlägiger, indizierter Bands die ganze Nacht lang durch den verwinkelten Komplex schallt.⁵⁰ Ein Teil der Rechtsextremisten ist eigens zu diesem Event aus Berlin oder Hamburg angereist. Damit in Ueckermünde niemand lange suchen muss, lotsen Hinweisschilder an den Hauptverkehrsstraßen die Auswärtigen direkt an den Ort des Geschehens.

Bereits zuvor hatten die Garagen einen Bekanntheitsgrad erreicht, der weit über die Region hinausgeht. Die Mädelsgruppe der Berliner „Kameradschaft Thor“ berichtet auf ihrer Internetseite schon im März 2004 von einem Wochenendausflug nach Ueckermünde. Der Tag endete mit einer Faschingsfeier „in für diesen Zweck nahezu perfekten Räumlichkeiten“⁵¹ – den Garagen. Besonders beunruhigend dabei ist, dass „Aryan Warriors“ und NGB demnach über gute Kontakte zu militanten Kameradschaften im Raum Berlin/Brandenburg verfügen. Und zwar zu so militanten wie der „Kameradschaft Thor“, die im März 2005 offiziell verboten wurde. Dass darüber hinaus auch Verbindungen zum „Märkischen Heimatschutz“ existieren, mit dem die „Kameradschaft Thor“ bei Demonstrationen oft zusammen auftrat, oder solche Kontakte vom NASM koordiniert werden, ist kaum anzuzweifeln.

Wann genau die NGB sich gründete, ist nicht mit Sicherheit festzustellen. Einige Rückschlüsse ergeben sich jedoch, wenn man die Entstehungsgeschichte des „Kameradschaftsbundes Anklam“ (KBA) näher betrachtet. Besonders die ersten Entwicklungen, die zur Gründung des KBA führten, dürften bei der NGB Ueckermünde ähnlich verlaufen sein. Der Grundstein des KBA waren die Rechtsrock-Konzerte in der Gaststätte „Zur Linde“ in Klein Bünzow (Landkreis Ostvor-

⁴⁹ Ostsee-Zeitung, 9. Dezember 2004, S. 3.

⁵⁰ Ostsee-Zeitung, 9. Dezember 2004, S. 3.

⁵¹ <http://www.freier-widerstand.net/texte/2004/01/20040303141543.shtml>, 14. August 2005.

pommern) zwischen Januar 1996 und August 1998. Das Konzertangebot trug in dieser Zeit maßgeblich zum Zusammenhalt der unorganisierten rechtsextremen Jugendkultur bei, wobei Mecklenburg-Vorpommern für die Neonazi-Szene, durch Partei- und Organisationsverbote in den 90er Jahren bundesweit stark geschwächt, ein ideales Rückzugsgebiet war. Während dieser zwei Jahre der ungestörten Musikabende in Klein Bünzow steigerte sich auch das Selbstbewusstsein der in der Region ansässigen Rechtsextremisten. Alle Voraussetzungen für den heutigen Stand der Dinge waren damit spätestens ab 1998 geschaffen. Von dem über die Musikveranstaltungen einsetzenden Idealisierungsschub profitierten vorrangig die freien Kameradschaften der Region. Ohne die Konzerte in der „Linde“ wäre es vermutlich gar nicht zur Gründung des Kameradschaftsbundes Anklam gekommen.⁵² Für die NGB in Ueckermünde gilt dies genauso.

Während die „Aryan Warriors“ sich erst 2001 zusammenschlossen, gibt es für die NGB bereits zwei Jahre zuvor erste Anhaltspunkte, kurz nachdem in Klein Bünzow wieder Ruhe einkehrte. Bereits 1999 stuft der Verfassungsschutz die NGB als eine aktive neonazistische Gruppierung ein, ohne jedoch näher darauf einzugehen.⁵³ Genauere Angaben macht das Innenministerium schließlich im September 2000 in der Antwort auf eine Kleine Anfrage des PDS-Landtagsabgeordneten Torsten Koplin zum Kenntnisstand über rechtsextreme Organisationen im Landkreis Uecker-Randow. Dort wird die NGB im Hinblick auf Ueckermünde sowie den gesamten Landkreis bereits als eine Kameradschaft eingeordnet, die an erster Stelle zu nennen wäre. Zudem unterhalte die NGB vielfältige Kontakte zu Kameradschaften in den Nachbarkreisen. Weiter heißt es in der Antwort: „Zu Veranstaltungen dieser Gruppierung – das Spektrum reicht von privaten Geburtstagsfeiern bis zur Organisation von Demonstrationen – sind in der Vergangenheit bis zu 200 Personen erschienen. Der Kernbestand dürfte bei ca. 30 bis 50 Rechtsextremisten liegen.“⁵⁴ Damit zählt die NGB zu den größten Kameradschaften im Land. Auch dass sich der Garagenkomplex in Ueckermünde-Ost zu einem der Haupttreffpunkte entwickelt hat, ist zu dieser Zeit im Schweriner Innenministerium längst bekannt.⁵⁵

Fast auf den Tag genau ein Jahr nachdem die Landesregierung die Kleine Anfrage beantwortet hatte, veranstaltet die NGB am 15. September 2001 ihr „Aryanfest“, das hinterher im Szeneorgan „Der Weiße Wolf“ auch einen publizis-

⁵² Kleffner, Heike (2002): RechtsRock vor Ort. Drahtzieher, Konsumenten und Produzenten. In: Christian Dornbusch / Jan Raabe (Hg.): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien. Münster, S. 222-223

⁵³ Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern (1999): Extremismusbericht, S. 4.

⁵⁴ Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Torsten Koplin vom 18. September 2000, Drucksache 3/1510, zu 1.

⁵⁵ Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Torsten Koplin vom 18. September 2000, Drucksache 3/1510, zu 6.

tischen Niederschlag findet. Dort berichtet ein rechtsextremer Autor unter dem Pseudonym „Mika“ von „einem Abend mit guter Musik und vernünftigen Leuten [...]“. Am Ort des Geschehens angekommen, suchte man sich erst einmal einen Parkplatz im dunklen Walde, löhnte den Eintritt und gesellte sich zu den anderen 200-250 Leuten, die schon vor Ort waren.“⁵⁶ Inwieweit dieses „Aryanfest“ mit dem Gründungstag der „Aryan Warriors“ zusammenfällt, ist unklar. Beide Ereignisse müssen sich jedoch zeitnah abgespielt haben.

2003 zeigte sich die NGB oft bei Demonstrationen und Infotischen gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“ in Peenemünde. Bei anderen Anlässen (z.B. Kranzniederlegungen an der Gedenkstätte Golm) treten sie gemeinsam mit den „Aryan Warriors“ auf oder unterzeichnen dieselben Kranzschleifen. Auch auf der „Schulhof-CD“ sind beide Kameradschaften als Kontaktadressen in Mecklenburg-Vorpommern angegeben.⁵⁷ Personelle Überschneidungen zwischen der NGB und den „Aryan Warriors“ können deshalb nicht ausgeschlossen werden und wären nicht untypisch für die Szene. So werden ebenfalls die Kundgebungen, mit denen die NPD ihren Bundestagswahlkampf 2005 in Ueckermünde (am 29. Juli und 2. September 2005) bestreitet, von Anhängern beider Kameradschaften unterstützt.

6. KULTURKREISE IN UECKERMÜNDE

Neben den beiden Kameradschaften existieren in Ueckermünde der „Heimatbund Pommern“ sowie der darin eingeschlossene „Kulturkreis Pommern“ als Vereine zur Pflege volkstümlicher Kultur und traditionellen Brauchtums. Mit dieser Ausrichtung versuchen sie, in der Mitte der Gesellschaft Fuß zu fassen, über kulturelle Aktivitäten rechtsextreme Ideologeme in die Gesellschaft zu vermitteln, besonders junge Menschen an die rechtsextreme Szene heranzuführen und Rechtsextremismus allgemein zu entstigmatisieren.

6.1. Der „Heimatbund Pommern“ (HBP)

Der „Heimatbund Pommern“ ist seit August 2002 aktiv und kümmert sich in erster Linie darum, über Kultur- wie Sportangebote Nachwuchs für die rechte Szene zu rekrutieren. Durch personelle Überschneidungen – zahlreiche Mitglieder der Ueckermünder Kameradschaft „National-Germanische Bruderschaft“ gehören auch dem HBP an – ist der HBP fest in der rechtsextremistischen Szene verankert. Außerdem verfügt er über gute überregionale Kontakte zu Organisa-

⁵⁶ Der Weiße Wolf, 3/2001, S. 35.

⁵⁷ <http://www.schulhof.net/einstellungen/startseite.htm>, 14. August 2005.

tionen der bundesweiten Neonazi-Szene. Der von der Berliner Kameradschaft „Germania“ übergesiedelte Nationalist Lutz Giesen sowie der rechte Liedermacher Jörg Hähnel (Frankfurt/Oder) traten in der Vergangenheit mehrfach mit dem HBP auf. Die personellen Überschneidungen zwischen den Kameradschaften und dem HBP vor Ort lassen gleichfalls auf feste Beziehungen zum „Märkischen Heimatschutz“ und der Berliner „Kameradschaft Thor“ schließen – zu beiden Vereinigungen unterhält die NBG ebenfalls gute Kontakte. Anfang August 2004 nahmen einige HBP-Mitstreiter neben den Akteuren vieler anderer militanter Kameradschaften auf dem bundesweiten Pressefest des NPD-Organs „Deutsche Stimme“ im sächsischen Mücka teil.⁵⁸

Politische Aktionen haben beim HBP nur einen untergeordneten Stellenwert. Im Zentrum stehen Singkreise, Trachten- und Trommlergruppe, Sommerlager, Fußball, Volkstanz – geboten wird das volle Programm, womit sich vor allem junge Leute erreichen lassen. Ganz nach Interesse kann an den Aktivitäten in verschiedenen Untergruppen teilgenommen werden, je nachdem, ob man eher für „Kultur und Tradition“ oder „Sport, Spiel und Tanz“ zu haben ist. In Altenheimen, auf Volksfesten in der näheren Umgebung oder bei Geburtstagsfeiern stimmen uniformierte Teenager dann nationales Liedgut an. Neben der Regionalgruppe in Ueckermünde existieren zwei weitere Sektionen auf der Insel Usedom und in Ducherow. Die Homepage ist auf den HBP-Bundeschef Ricardo Kaster mit Wohnsitz in Bansin auf Usedom angemeldet. Auffällig ist, dass die 40 Mitglieder über einen erheblichen Wirkungsbereich und sehr gute Mobilisierungsfähigkeiten verfügen. In der „Stimme der Heimat“, dem Vereinsblatt des HBP, bekommen Jugendliche Tipps in Sachen Liebeskummer und Kräfteressen oder können sich über soziale Fragen wie drohende Schulschließungen informieren. Sogar an die Allerjüngsten wird gedacht. Spezielle Ausgaben mit altersgerechten Texten, Rätseln und Spielen gibt es bereits für Kinder.⁵⁹ Damit „Missverständnisse“ erst gar nicht aufkommen, lädt der HBP besorgte Mütter und Väter zu Elternabenden ein.⁶⁰ Seit 2005 darf sich der HBP außerdem mit dem Kürzel e.V. schmücken und ist die derzeit am besten organisierte Vereinigung in der Region. Die rechtsextreme Ausrichtung des HBP wird häufig weder von den jungen Menschen noch von Eltern oder Bekannten noch von denjenigen bemerkt, die den HBP einladen, um bei Festen das kulturelle Rahmenprogramm zu gestalten.

Seit seinem Bestehen können dem HBP ca. 50 Veranstaltungen zugerechnet werden, an denen er allein bzw. federführend beteiligt war. Besonderes Aufsehen

⁵⁸ Flyer „Heimatbund Pommern stoppen“ (<http://www.links-lang.de/0504/hbp.pdf>).

⁵⁹ Flyer: „Heimatbund Pommern stoppen“ (<http://www.links-lang.de/0504/hbp.pdf>).

⁶⁰ Frankfurter Rundschau, 29. September 2004.

erregte der HBP mit einem Fußballturnier, an dem neben der NGB und den „Aryan Warriors“ noch 15 weitere Mannschaften teilnahmen. Die ausschließlich rechtsextremistisch gesinnten Kicker waren aus der Region und aus Berlin angereist. Das Sieger-Team des nach dem Verfasser des Pommernliedes genannten Adolf-Pompe-Pokals posierte am Ende in knallroten T-Shirts fürs Gruppenfoto. Aufdruck: „Opa war in Ordnung“ – das Motto der Protestkampagne gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“ in Peenemünde. Rund 200 Rechte konnten sich an diesem Tag, dem 17. Juli 2004, auf dem Rasen des örtlichen Sportvereins SV Einheit Ueckermünde alle Freiheiten herausnehmen. Den Platz hatte der Verein ganz normal vermietet, weil ein ehemaliges Mitglied darum gebeten hatte.⁶¹ Erst mit sechs Wochen Verzögerung berichtete auch die örtliche Tageszeitung über das Turnier, von dem nur kurze Zeit später noch eine nächtliche Neuauflage auf dem Sportplatz der Goethe-Grundschule mitten im Stadtzentrum stattfand.⁶²

Auch auf den jährlichen Zeltlagern des HBP soll die Nähe zu rechtsextremen Gruppierungen demonstriert werden. Jeder Tag beginnt um sieben Uhr morgens mit einem Fahnenappell, zu dem reihum in Uniform angetreten wird. Mit seinem Hang zur Uniformierung stellt sich der HBP bewusst in eine Linie mit der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend“, die damals mitgliederstärkste neonazistische Jugendorganisation. Auf einem Foto vom Sommerlager 2005 ist zudem auf dem Wimpel eines Trompeters sowie auf einer Flagge das Wappen der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) erkennbar, die sich als direkte Nachfolge-Organisation der „Wiking-Jugend“ versteht. Der bereits mehrfach erwähnte Ueckermünder Rechtsextremist Tino Müller ließ sich im Sommer 2005 auch groß für das Titelbild der HDJ-Schrift „Funkenflug“ ablichten. Es bestehen daher zweifelsohne Kontakte in diese Richtung, so dass auch in Zukunft bei der Anwerbung von Jugendlichen sowie der Infiltration rechtsextremistischer Anschauungen über Kultur- und Sportangebote gerechnet werden muss. Die Lagerfeuerromantik der Sommerlager leistet einen guten Beitrag, junge Leute anzulocken und gezielt auf eine spätere Kaderlaufbahn zu testen.⁶³

Zusätzlich zu diesen Aktivitäten tritt der HBP bei Demonstrationen auf, sei es, um parteigebundene und -ungebundene Rechtsextremisten mit Trommlergruppe und Transparenten zu begleiten oder einen Redner aus den eigenen Rei-

⁶¹ Ostsee-Zeitung, 9. Dezember 2004, S. 3.

⁶² Nordkurier, Lokalausgabe Ueckermünde, 27. August 2004.

⁶³ Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe Wolgast, 11. August 2005.

hen zu stellen. Im April 2005 meldete der HBP erstmalig eine Demonstration selbst an, woran in Pasewalk etwa 250 Personen teilnahmen.⁶⁴

6.2. Der „Kulturkreis Pommern“

Als Ableger des HBP hat sich in Ueckermünde im April 2003 der „Kulturkreis Pommern“ formiert. Die Mitglieder stammen zum Großteil aus dem HBP. Wie beim HBP gibt es auch hier personelle Überschneidungen mit den rechtsextremistischen Kameradschaften in Ueckermünde. Auf Fotos, die der „Kulturkreis Pommern“ auf seiner Internetseite veröffentlicht hat, tauchen die freien Nationalisten Lutz Giesen als Trommler und wiederum Tino Müller auf.⁶⁵ Auch zum SNBP existieren gute Verbindungen, worüber eine Handynummer Aufschluss gibt, die als Kontakt sowohl auf der Infobroschüre des „Kulturkreises“ als auch auf der Website des SNBP erscheint.

In Abgrenzung zum HBP hat sich der „Kulturkreis Pommern“ ausschließlich auf Gesang, Tanz, Fahنشwingen und Trommeln ausgerichtet, wobei letztere Darbietungen auch des Öfteren zur „Bereicherung“ auf Kundgebungen in Wolgast und Ueckermünde 2004 eingesetzt wurden. Sportliche Angebote oder Sommerlager, wie sie vom HBP durchgeführt werden, gibt es nicht. In der Infobroschüre des „Kulturkreis Pommern“ wird ein Schwur darauf abgelegt, wie viel Spaß das Musizieren und Tanzen in Gemeinschaft doch mache. Selbst Texte bekannter Volkslieder werden dazu herangezogen, glaubwürdig zu sein: „Wo man singt, da lass’ dich ruhig nieder, böse Menschen kennen keine Lieder“.⁶⁶

Die Verankerung des „Kulturkreises“ im rechtsextremen Spektrum scheint noch weniger als beim HBP bekannt zu sein. Selbst der Bürgermeister von Liepe auf Usedom hatte kein schlechtes Gewissen, als er die Gruppe zu seiner 650-Jahr-Feier einlud. Jedoch sprach sich während des Auftritts im Festzelt schnell herum, dass dort Neonazis tanzten – der Veranstalter blendete kurzerhand die Musik aus.

In Ueckermünde selbst hat der „Kulturkreis Pommern“ weniger Probleme, öffentliche Veranstaltungen zu seinen Gunsten zu nutzen. Der letzte Vorfall ereignete sich während eines Festumzuges, der Bestandteil des jährlichen Hafenfestes war und von den Rechtsextremen Anfang Juli 2005 mit dem Transparent „Kultur ist Dienst am Volke“ angeführt wurde. Auch hier war Tino Müller mit von der Partie. Die Verantwortung für diesen Umzug lag beim örtlichen Gewer-

⁶⁴ Mobiles Beratungsteam für demokratische Kultur (2005): mbt-Lagebilder für die Landkreise und kreisfreien Städte, S. 45.

⁶⁵ <http://www.kulturkreis-pommern.de>, 23. August 2005.

⁶⁶ <http://www.kulturkreis-pommern.de/PDF/Vorstellungsbroschuere%20Kulturkreis%20Pommern.pdf>, 23. August 2005.

beverein. Bereits im Vorfeld nutzte der „Kulturkreis“ öffentliche Veranstaltungen in Ueckermünde, um sich in Szene zu setzen.

7. BÜRGERINITIATIVEN: DIE BI „SCHÖNER UND SICHERER WOHNEN IN UECKERMÜNDE“

Die Hauptstrategie der Rechtsextremisten, mangelndes kommunalpolitisches Gewicht auf Grund der schwachen NPD-Struktur zumindest teilweise zu kompensieren, besteht in der Gründung von Bürgerinitiativen (BI). Mit dieser offen anmutenden Organisationsform soll der neonazistische Hintergrund ihrer Anliegen verschleiert werden. Für die Stadt oder Gemeinde wichtige Problemthemen werden außerhalb des Kommunalparlamentes artikuliert, so dass es den Anschein hat, den Einwohnern aus der Seele zu sprechen. Die Bürgerinitiativen richten sich vorrangig an wahlberechtigte Erwachsene, die den „altruistischen“ Einsatz bei der nächsten Wahl mit einem Kreuz für die NPD honorieren könnten. Zudem wird politikverdrossenen Menschen das Gefühl vermittelt, über die BIs direkter und effektiver ihren Willen äußern zu können, als dies über die demokratischen Parteien und Institutionen möglich wäre.

Für größere Teile der Bevölkerung hoffähig gemacht hat sich Ueckermündes rechtsextreme Szene besonders mit der Bürgerinitiative „Schöner und sicherer wohnen in Ueckermünde“, die von Mitgliedern beider Kameradschaften sowie des HBP vor Ort aus der Taufe gehoben wurde. Die BI versteht es, unterschwellige Ressentiments in der Bevölkerung gegen den geplanten Umzug des Asylbewerberheims ins Stadtzentrum gezielt für sich zu nutzen. Mit Flyern, Plakaten und Aufklebern werden die Ängste der Menschen geschürt oder erst hervorgerufen. Auf einem Plakat ist beispielsweise zu lesen: „Heute sind Sie tolerant, morgen fremd im eigenen Land“. Zahlen, die von der BI im Zusammenhang mit dem Thema öffentlich genannt werden, sind schlichtweg falsch. 1.000 Ausländer, so behaupteten sie, würden in die Stadt ziehen, wenn das Heim im Zentrum angesiedelt werde.⁶⁷ Gerade einmal ein Zehntel dieser Zahl hätte der Realität entsprochen.

Der am Ende nie vollzogene Umzug ging ursprünglich auf einen Erlass der Landesregierung aus dem Jahren 2002 zurück, dessen Ziel war, in Mecklenburg-Vorpommern Heime, die fernab in der Peripherie liegen, in die Stadtzentren zu verlegen, um auf diese Weise einen Beitrag zu einer besseren Integration von Migranten zu leisten. Bisher lebten in Ueckermünde alle Asylbewerber in einem Waldgebiet ganz am Rand der Kommune. Die Umsiedlung der Asylheimbewoh-

ner sollte ursprünglich bis zum 31. Dezember 2003 vollzogen sein. Für Ueckermünde galt eine verlängerte Ausnahmefrist bis 31. Dezember 2004.⁶⁸ Die lokale Debatte in Ueckermünde, welche freie Immobilie in der Stadt am besten für diesen Zweck geeignet sei, setzte 2002 ein. Immer wieder kommen verschiedene Varianten wie die „Schule am Rosengarten“ oder eine ehemalige Förderschule in der Chausseestraße ins Gespräch. Zeitweilig schaltet sich sogar das Landeskriminalamt (LKA) mit in die Diskussionen ein und legt auf Anforderung des Landkreises, der federführend bei der Standortwahl ist, eine sicherheitstechnische Untersuchung vor, die gegen ein Gebäude in der Chausseestraße spricht. Besondere Bedenken gibt es, weil sich das Heim dann in direkter Nachbarschaft mit einem Jugendhilfezentrum befände, womit ein sozialer Brennpunkt entstehen würde.⁶⁹ Ihre Ablehnung der möglichen neuen Nachbarn äußerte auch eine Reihe von Bürgern. So macht eine Anwohnerin in der Lokalzeitung keinen Hehl daraus, den Ausländern besser nicht beim Einkaufen begegnen zu wollen.⁷⁰ Vorbehalte, die es der BI leicht machen, sich Raum in den Köpfen der Menschen zu nehmen. Es gelingt ihnen, mit der Frage Flüchtlingsheim-Umzug bestimmend in die öffentliche Diskussion einzugreifen. Am Ende fällt zwar die Wahl eines geeigneten Objektes auf die ehemalige Gynäkologie des Krankenhauses – erfolgt ist dieser Umzug aber dennoch nie.

Registriert wurden die Aktivitäten der BI erstmals Anfang September 2003, als sie versuchte, mit Hilfe von Flugblättern Konflikte heraufzubeschwören, die sich bei einer Heimverlegung einstellen könnten.⁷¹ Als Anführer der Initiative haben sich die beiden freien Nationalisten Michael Gielnik, der 2005 auch als SNPB-Repräsentant auf diversen Demonstrationen in ganz Vorpommern ans Rednerpult trat, und wiederum Tino Müller herauskristallisiert. Wie Müller kandidierte auch Gielnik bei den Bundtagswahlen 2005 auf der NPD-Landesliste. Er ist ebenfalls seit Dezember 2005 NPD-Mitglied (vgl. S. 11-12). Laut Parteiangaben ist der Kfz-Mechaniker jedoch selbst gar nicht in Ueckermünde, sondern auf der Insel Usedom zu Hause. Die Gründung der BI fand in den Sommermonaten 2003 statt, nachdem Anfang Juni die Pläne in Bezug auf das Flüchtlingsheim an die Öffentlichkeit kamen. Ende September, als die BI am Rande der „Interkulturellen Woche“ erstmals als rechte Protestgruppe auffiel, gab es auf die Frage, wer der Vorsitzende sei, noch die Antwort: „Wir sind doch alle Bürger“ und dass es keinen „Führer“ gebe, was der weit verbreiteten Taktik entspricht, die Reputation einer Bürgerinitiative für sich zu nutzen, um in der Öffentlichkeit als rechtschaf-

⁶⁸ Nordkurier, Lokalausgabe Ueckermünde, 2. Oktober 2003.

⁶⁹ Nordkurier, Lokalausgabe Ueckermünde, 29. September 2003.

⁷⁰ Nordkurier, Lokalausgabe Ueckermünde, 6. Oktober 2003.

⁷¹ Nordkurier, Lokalausgabe Ueckermünde, 16. September 2003.

fene Mitmenschen wahrgenommen zu werden.⁷² Die hoch gehaltenen Transparente waren dafür umso eindeutiger: „Asylantenheim in Ueckermünde? Nein danke!!!“ Auf einem Flugblatt wurde angekündigt, dass es demnächst eine Unterschriftenaktion gebe, weshalb Mitglieder der von Rechtsextremisten initiierten BI auch gerne mal zu Hause klingeln oder in Geschäften um eine Signatur gegen den Umzug des Heimes bitten würden. Und sie hatten Erfolg, die Verunsicherung der Bevölkerung gezielt zu verstärken. Im März 2004 reichten Müller, Gielnik und Co. ihre Listen bei der Stadtverwaltung ein. Knapp 2.000 von insgesamt etwa 10.800 Einwohnern hatten unterzeichnet und den Rechtsextremen damit ordentlich Auftrieb verliehen. Pfarrer Hans Lücke, der selbst in einem Wort zum Sonntag öffentlich vor dem Treiben der BI warnte, sagt später, die Leute hätten nicht unterschrieben, wenn sie gewusst hätten, wer dahinter steckt.^{73,74} Es war ihnen auch nicht anzusehen. Für die Unterschriftensammlung engagierten sich zum Großteil die Mitglieder der NGB. Bedingt durch ihre artigen Frisuren, karierten Hemden, ihr diszipliniertes Verhalten schien eine Verbindung ins rechte Lager für die meisten Ueckermünder überhaupt nicht erkennbar zu sein. Sogar ein lokales Anzeigenblatt scheiterte daran, die wahren Absichten der BI zu enttarnen und druckte Wort für Wort alles ab, was die rechtsextremen Gruppierungen zu Protokoll gaben. Ganz unverblümt wurde in dem Artikel mit Konsequenzen gedroht, „sollte sich die Stadt zur Bearbeitung und Prüfung der eingereichten Unterschriften unverhältnismäßig viel Zeit genehmigen [...]. Sollte es keine Reaktion geben, wurde bereits die Unterstützung vieler Bürger zugesichert, dem geforderten Bürgerentscheid mit öffentlichen Protestaktionen Nachdruck zu verleihen.“⁷⁵

Die Stadt lehnte das Bürgerbegehren am 22. April 2004 aus formellen Gründen ab, weil nicht die Kommune, sondern der Landkreis für die Unterbringung zuständig ist, was bei den rechtsextremen Initiatoren der Aktion niemand wusste. Obwohl diese ihre selbstverschuldeten handwerklichen Fehler und ihre kommunalpolitische Unkenntnis sogar indirekt eingestanden, wurde der Schwarze Peter zunächst der Stadt zugeschoben: „Die vorherrschende Ignoranz und Gleichgültigkeit der Stadtvertreter wird uns nicht davon abhalten, weiterhin für die Interessen der Bürger einzutreten und somit eine neue Unterschriftensammlung im Rahmen der formalen und inhaltlichen Bestimmungen durchzuführen.“⁷⁶

⁷² Nordkurier, 29. September 2003.

⁷³ Nordkurier, 20. September 2003.

⁷⁴ Gespräch mit dem Autor, 29. November 2004.

⁷⁵ Anzeigenkurier, 1./2. April 2004.

⁷⁶ Der Inselbote, 03/2004.

Als Reaktion auf die Ablehnung zogen die Rechtsextremen am 3. Juli 2004 auf die Straße. 250 Neonazis und Ueckermünder Bürger, die sich dem Demonstrationzug anschlossen, sagten „Nein zum Asylantenheim“. Auch der Protest gegen die Hartz IV-Gesetze wurde bei dieser Gelegenheit gleich mit zum Thema, was die Wahrnehmung bei einigen Einwohnern stark verzerrte. So sprach ein Ueckermünder nach der Demo ausschließlich von einer Protestkundgebung gegen Hartz IV, als spiele es für ihn überhaupt keine Rolle, dass die Urheber der Veranstaltung bekennende Rechtsextremisten waren.⁷⁷

Nachdem über das Thema Flüchtlingswohnheim den ganzen Sommer weiter beraten wurde, machte das dafür zuständige Landratsamt am 31. August 2004 einen Rückzug und verkündete, der Umbau der ehemaligen Gynäkologie zum Asylbewerberwohnheim sei nicht finanzierbar. Vor dem Hintergrund, der in den letzten Jahren stark zurückgegangenen Asylanträge würde die Unterkunft in der Kreisstadt Pasewalk den Bedarf decken. Zudem arbeite man auf Kreisebene nun an einem Modellprojekt, welches vorsieht, Flüchtlinge dezentral in Wohnungen unterzubringen, hieß es in einer Pressemitteilung.⁷⁸ Dass der Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland 2004 gerade noch zehn Prozent von einstmalig 400.000 pro Jahr während der 90er Jahre beträgt, ist jedoch nichts Neues. Dieselben Zahlen referierte der Leiter des Landesamtes für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten bereits am 22. April vor den Stadtvertretern, als diese über das Bürgerbegehren der Rechtsextremisten zu befinden hatten. Damals noch, um Bedenken der Kommunalpolitiker gegen die Unterkunft zu zerstreuen. Dem Gremium empfahl er die Nutzung der ehemaligen Gynäkologie als Unterbringung für die Asylbewerber.⁷⁹ Dass vier Monate später genau dieselben Zahlen, die im April noch als positiv für eine Ansiedlung im Stadtzentrum gewertet wurden, erhalten müssen, um den Rückzug der Entscheidungsträger zu rechtfertigen, erweckt den Eindruck, Landkreis und Stadt sind aus Angst vor einem Konflikt mit den Rechtsextremen eingeknickt.

Diese wiederum werteten den Rückzug der Kommunalvertreter entsprechend als „Triumph“ und zogen gleich am 4. September 2004 erneut auf die Straße, um mit 250 Teilnehmern ihren Sieg zu feiern. Die angereisten Unterstützer der „Hatecrew88“, einer westfälischen Kameradschaft, die auch in Rostock aktiv ist, sind verwundert, dass die Veranstaltung völlig „ohne Störer“ ablief, woraus sie folgern: „Ueckermünde scheint in nationaler Hand.“⁸⁰ Am Erfolg der BI hat auch das rechtsextreme „Stoertebeker-Netz“ keinen Zweifel: „Ungeachtet dessen

⁷⁷ E-Mail an den Autor, 14. Dezember 2004.

⁷⁸ Nordkurier, Lokalausgabe Ueckermünde, 1. September 2004.

⁷⁹ Nordkurier, Lokalausgabe Ueckermünde, 24. April 2004.

⁸⁰ <http://www.hatecrew88.com>, 28. September 2005.

kann man wohl davon ausgehen, dass es nicht allein finanzielle Gründe gewesen sind, die Stadt und Kreis zum Einlenken gezwungen haben. So dürfte es in Mecklenburg-Vorpommern wohl kaum einen Ort gegeben haben, Anklam und Ducherow vielleicht ausgenommen, in dem man sich derart massiv und ausdauernd gegen ein vom Land aufoktroiertes Asylantenheim gewehrt hat.“⁸¹

8. POLITISCHE MASSNAHMEN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS IN UECKERMÜNDE

Fasst man die geschilderten Aktivitäten der rechtsextremen Szene in Ueckermünde zusammen, so zeigt sich zweierlei. Obwohl Parteien wie die NPD in Ueckermünde organisatorisch nicht Fuß gefasst haben, ist die rechtsextreme Szene mit zwei Kameradschaften in einem Ort mit knapp 11.000 Einwohnern doch ungewöhnlich stark. Deutlich ist, dass es sich bei den Ueckermünder Rechtsextremisten nicht um lose Cliques handelt, in denen sich einige Jugendliche von der Gesellschaft zurückziehen und in ihrer Frustration über ihre Perspektivlosigkeit gewalttätig werden, weil ihnen sonst keine Aufmerksamkeit entgegengebracht wird. Das Gegenteil ist der Fall. Die rechtsextremistische Szene in Ueckermünde ist ausgesprochen gut organisiert und sie ist eingebunden in regionale und überregionale rechte Strukturen.

Weiterhin verfolgt sie offensichtlich eine klare politische Strategie. Der Rechtsextremismus vor Ort ist nicht mehr ausschließlich gekennzeichnet durch Gewaltaktionen von Bier trinkenden, grölenden und pöbelnden kahl geschorenen Jugendlichen, die zwar Angst und Schrecken verbreiten, deren Konsequenz aber auch ist, dass Rechte eine Minorität mit schlechtem Ruf am Rand der Gesellschaft bleiben, ohne mit ihren Aktionen politische Nachhaltigkeit zu entfalten. Die rechtsextreme Szene in Ueckermünde zielt auf soziale Akzeptanz und versucht sich Schritt für Schritt in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Dazu treten die Rechtsextremen selbst nicht nur ‚korrekt‘ auf, wie am Beispiel der National-Germanischen Bruderschaft verdeutlicht wurde. Wichtiger noch scheinen die Versuche der Rechtsextremen zu sein, enge Verbindungen zu Gruppierungen im Vorfeld der rechtsextremen Szene zu suchen, zu Gruppen wie dem HBP also, die wegen ihres Interesses an Brauchtum, an Traditionen und Volkskultur auf den ersten Blick keine rechtsextremistischen politischen Ziele verfolgen. Kooperationen mit diesen vermeintlich apolitischen, nur an der Pflege von Volkskultur interessierten Gruppen verschaffen Rechtsextremisten einen Zugang zur Mitte der Gesellschaft.

Die Ueckermünder Rechtsextremisten setzen insgesamt weiter auf politisch wirkungsvolle Aktionen, wie die von ihnen ins Leben gerufene Bürgerinitiative „Schöner und sicherer wohnen“ zeigt. Gut organisiert artikulieren sie ihre politischen Ziele, versuchen ihre Interessen durchzusetzen – und sind damit vergleichsweise erfolgreich. Im Zentrum aller rechtsextremistischen Aktivitäten in Ueckermünde steht dabei Tino Müller, der mit seiner Vernetzungsarbeit etwa zum HBP der rechtsextremen Szene nicht nur den Weg zur Mitte der Gesellschaft ebnet, sondern auch für politische Aktionen rechtsextremer Gruppierungen verantwortlich zeichnet. Gute Organisation, Strategien, um in der Mitte der Gesellschaft Fuß zu fassen, erfolgreiche politische Einflussnahme und mit Tino Müller eine Führungsperson im Zentrum – all dies zeigt, dass Ueckermünde ein Refugium für Rechtsextremisten geworden ist. Sie können sich hier weitgehend unbehelligt organisieren und sie können unbehelligt agieren.

8.1. Strategien gegen Rechtsextremismus

Welche Strategien bieten sich an, um den Rechtsextremismus in Ueckermünde zurückzudrängen?

Darauf zu vertrauen, dass die rechtsextremen Gruppierungen zerfallen und sich das Problem des Rechtsextremismus in Ueckermünde von selbst lösen werde, wenn mit Tino Müller die zentrale Führungsperson ausfallen sollte, ist unangebracht. Aufgrund der guten Organisation und der Vernetzung der Ueckermünder Rechtsextremisten wäre schnell eine neue Führungsperson gefunden. Außerdem ließe man mit dieser Art des Umgangs die Rechtsextremen weiter unbehelligt gewähren, ohne aktiv an die Lösung des Problems heranzugehen.

Auch der Versuch, den Ueckermünder Rechtsextremen mit sozialpädagogischen Beratungs- und Betreuungsangeboten beizukommen, scheint nur sehr begrenzt Erfolg versprechend. Pädagogische Maßnahmen versuchen, Jugendliche aus der rechtsextremen Szene herauszuholen, sie gesellschaftliche zu reintegrieren und ihnen wieder eine Perspektive zu geben. Sie rechnen dabei mit dem frustrierten Jugendlichen, der sich von der Gesellschaft abschottet und in die rechte Szene abgleitet, weil ihm nur hier Ansehen und Aufmerksamkeit zuteil wird. Rechte Jugendliche seien im Grunde unfreiwillig in der rechtsextremen Szene gelandet; äußere Umstände (zerrüttete Familienverhältnisse, mangelnde Bildung, schlechte Aussichten auf dem Arbeitsmarkt, Angst vor sozialer Deklassierung etc.) hätten sie gedrängt, sich dem rechtsextremen Milieu zuzuwenden, so die Grundannahme sozialpädagogischer Betreuungsangebote. In Ueckermünde liegt der Fall jedoch anders. Rechtsextremismus ist hier keine Option für frust-

rierte, anerkennungsbedürftige Jugendliche. Er ist ein politisches Projekt, für das man sich entscheidet, das eindeutige und klare rechtsextreme Einstellungen voraussetzt und das mit einer durchdachten Strategie verfolgt wird. Bemühungen zur sozialen Reintegration „abgerutschter“ Jugendlicher werden hier umso erfolgloser sein, als die Ueckermünder Rechtsextremisten von sich aus bereits darum bemüht sind, in der Mitte der Gesellschaft akzeptiert zu werden und entsprechenden Verhaltensregeln zu folgen.

Dem Rechtsextremismus vor allem mit wirtschaftlichen Entwicklungsmaßnahmen beikommen zu wollen, dürfte nach allen aus der Forschung bekannten Befunden ebenfalls kein nachhaltiger Erfolg beschieden sein. Zwar würde die Akzeptanz rechtsextremer Gruppierung bei denjenigen sinken, die aus Protest über ihre momentane wirtschaftliche und soziale Situation mit ihnen sympathisieren. Diejenigen jedoch, bei denen sich rechtsextreme Einstellungen festgesetzt haben und die ihre politischen Ziele offensiv und strategisch durchdacht verfolgen, werden sich auch nicht durch einen wirtschaftlichen Aufschwung von ihrem Handeln abbringen lassen. Und der Fremdenverkehr, in dem Ueckermünde seine wirtschaftliche Zukunft sieht, dürfte sich nicht entwickeln und der Stadt Wohlstand bringen, wenn nicht zuvor fremdenfeindliche Gruppierungen zurückgedrängt worden sind.

Für Ueckermünde bleibt deshalb die aktive und offensive politische Auseinandersetzung mit seinen rechtsextremen Gruppen die aussichtsreichste Form des Umgangs. Diese beginnt bei der offenen Thematisierung rechtsextremistischer Umtriebe vor Ort und Aufklärung über Arbeit und Ideologie rechtsextremer Gruppierungen, sie setzt sich fort bei zivilgesellschaftlichen Gegenaktivitäten und endet bei der Ausnutzung aller Möglichkeiten, Rechtsextremisten zu verbieten, die Öffentlichkeit als Forum für ihre Parolen zu nutzen und ihre politischen Ziele zu verfolgen. Die politische Auseinandersetzung muss gesucht werden, weil der Ueckermünder Rechtsextremismus die wirtschaftliche Entwicklung der Region behindert und ein durchdachtes politisches Projekt mit klaren Zielsetzungen ist.

An diesen politischen Gegenmaßnahmen indes, wie im Folgenden gezeigt werden soll, mangelt es in Ueckermünde. Dass sich die Stadt zu einem Refugium für Rechtsextremisten entwickeln konnte, hat auch in diesem Mangel seinen Grund. Versuche, gegen den Rechtsextremismus in Ueckermünde vorzugehen, gab bzw. gibt es durchaus. Mit einer SPD-Arbeitsgruppe und der Bürgerinitiative „Bürger für Integration, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie“ (BIRD) wurde und wird versucht, mit zivilgesellschaftlichen Mitteln aus der Bevölkerung heraus dem Rechtsextremismus etwas entgegenzusetzen. Der Erfolg war bisher allerdings eher bescheiden. Neben dem geringen Bürgerinteresse und mangelnder

Unterstützung von örtlichen Gruppen und Vereinen dürfte hier auch eine Rolle gespielt haben, dass die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus von Seiten der Kommunalverwaltung aus einem falschen Toleranzverständnis heraus und aufgrund ökonomischer Interessen z.T. konterkariert wurden.

8.2. „Bürger für Integration, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie“ (BIRD)

Krankenhausseelsorger Hans Lücke will das Thema Rechtsextremismus in Ueckermünde offensiv ansprechen. „Nur wenn wir offen darüber sprechen, nur dann haben wir eine Möglichkeit zu zeigen, dass wir gute Ziele haben für unsere Stadt“, sagt er und argumentiert damit für eine offene politische Auseinandersetzung mit der rechtsextremen Szene. Im Sommer 2004, nur wenige Tage bevor die BI „Schöner und sicherer wohnen“ ihre Demonstration gegen den Umzug des Asylbewerberheimes veranstaltet (s. o.), gründet Lücke zusammen mit einigen anderen couragierten Mitmenschen ebenfalls eine Bürgerinitiative: „Bürger für Integration, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie“ (BIRD).⁸² In der kurzen Grundsatzschrift von BIRD heißt es, „mehr Menschen in unseren Städten und Dörfern, in Schulen, Betrieben und Kirchen, in Medien und Kultur, in Vereinen und Verbänden zu ermutigen, sich aktiv für die Fortentwicklung des gemeinschaftlichen Lebens einzusetzen“.⁸³ Während die Neonazis im Juli 2004 gegen das Asylantenheim mobilmachen, lädt BIRD zu einem „Fest der Mitmenschlichkeit“ direkt an der Demonstrationsroute der Nazis ein.

Bei den Vorbereitungen zu diesem Fest stießen die BIRD-Aktivisten auf einige Widerstände. „Wir hatten erst einmal Probleme eine geeignete Fläche zu finden“, sagt Lücke. Nachdem Stadt und sogar die örtliche Kirchengemeinde abgewinkt hatten, stellte schließlich ein privater Unternehmer aus der Region den nötigen Platz zur Verfügung. „Die Hoffnung war“, so eine Beteiligte, „so viele Menschen anzuziehen, dass die Polizei die Demo-Strecke der Rechtsextremisten kurzerhand abändert“.⁸⁴ Dies gelingt nicht. Dicht umringt von Polizisten feiern am Ende knapp 100 Menschen eine tolerante Gesellschaft und möchten Integration über Partei- und Gruppengrenzen hinaus zum Thema machen. Als die rechtsextremen Demonstranten schließlich vorbeiziehen, kommt es zu einem Zwischenfall, als eine Mitarbeiterin des Mobilien Beratungsteams für demokratische Kultur (mbt) Fotos vom Demonstrationzug machen will. Plötzlich schert ein Neonazi aus dem Demonstrationzug aus und schlägt der damals 38-Jährigen ihre Kame-

⁸² Ostsee-Zeitung, 09. Dezember 2004, S. 3.

⁸³ Fax an den Autor, 29. November 2004.

⁸⁴ Gespräch mit dem Autor, 29. November 2004.

ra ins Gesicht. Sie erleidet eine Platzwunde, die im Krankenhaus genäht und versorgt werden muss.⁸⁵ Über 100 Teilnehmer für eine Aktion gegen Rechtsextremismus kann BIRD nicht noch einmal mobilisieren. Als Anfang September die rechtsextremen Gruppierungen wieder durch die Stadt ziehen, um den Erfolg ihrer BI gegen die Verlegung des Flüchtlingsheimes zu feiern, kann BIRD nur noch wenige Menschen für eine Gegenaktion mobilisieren.

Ein anderes Mittel, an die zivilgesellschaftlichen Werte der Jugendlichen in Ueckermünde zu appellieren, wurde in Zusammenarbeit mit der Regionalschule gefunden. Mitte November holte BIRD, unterstützt vom Verein für Opferberatung „Lobbi“, die Ausstellung „Opfer rechter Gewalt in Deutschland seit 1990“ von Rebecca Forner in die Schule. Mehr als 600 Schüler, auch aus anderen Schulen, gingen an 131 Todesschicksalen vorüber. „Und sie haben begriffen, dass das nicht nur Ausländer, sondern auch Deutsche waren, die sich eingesetzt haben“, resümiert anschließend der Direktor der Regionalschule. Mit der Aktion stellt sich die Bildungseinrichtung auch der skurrilen Form rechter Agitationsversuche, die sich des Öfteren im Treppenhaus ausbreitet: Hunderte Zettelchen, bedruckt mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten, in denen Rilke, Schiller, Thälmann und andere ihre Liebe zum deutschen Vaterland bekunden. Für den Direktor eine klare Analogie zu den Geschwistern Scholl. „Die sind vom faschistischen System vernichtet worden. Man wartet jetzt ab, wie wir darauf reagieren.“⁸⁶

Im Jahr 2005 geht das Engagement von BIRD auf Grund einiger Abgänge deutlich zurück. So haben neben Krankenhauseelsorger Hans Lücke auch andere Mitstreiter zumeist aus beruflichen Gründen die Region verlassen. Damit hat sich der Schwerpunkt der Gegenaktionen eher in Richtung eines stillen Protests verlagert, der auch mit weniger personellem Aufwand realisierbar ist. Am 29. Juli 2005, als die rechtsextremen Gruppierungen in Ueckermünde eine ihrer zwei Bundestagswahlkampf-Veranstaltungen bestreiten, machen Plakate in den Geschäften der Ueckerstraße darauf aufmerksam, dass die Stadt sich als bunt statt braun versteht. Bis auf zwei Einzelhändler waren alle dazu bereit, den Plakaten in ihren Schaufenstern Raum zu geben. Ein Fortschritt zwar, bedenkt man, dass sich im Sommer ein Jahr zuvor kaum jemand zu einer derartigen Aktion überreden ließ. Damals fürchteten die Gewerbetreibenden eingeschlagene Schaufensterscheiben, wenn sie BIRD-Plakate darin aushängen würden.⁸⁷ Von einer lebendigen, organisierten und entsprechend nachhaltigen demokratischen Gegenkultur

⁸⁵ <http://www.lobbi-mv.de/chronolo/2004.htm>, 7. September 2005.

⁸⁶ Gespräch mit dem Autor, 29. November 2004.

⁸⁷ Ostsee-Zeitung, 9. Dezember 2004.

kann indes in Ueckermünde noch nicht gesprochen werden. Dies wird auch deutlich, wenn man sich die Aktivitäten der örtlichen SPD gegen Rechtsextremismus betrachtet.

8.3. SPD-Arbeitsgruppe

Auch der ansässige SPD-Kreisverband Uecker-Randow hat sich auf einem Kreisparteitag Anfang November 2004 eindeutig gegen den grassierenden Rechtsextremismus im Landkreis Uecker-Randow positioniert. Dort wurde die Einsetzung einer „Arbeitsgruppe für basisdemokratische Entwicklung und gegen faschistische Bedrohungen“ beschlossen. Selten habe ein Vorschlag auch parteiübergreifend soviel Zustimmung erfahren wie dieser, sagt ein führendes Mitglied des Kreisverbandes. Kerngebiet werde Ueckermünde sein, weil „die Situation dort am schlimmsten ist“, so der SPD-Mann.⁸⁸ Federführend in der Umsetzung dieses Beschlusses soll deshalb auch der Ortsverband Ueckermünde sein. Nach den braunen Aufmärschen sowie der Gründung der rechtsextremen Bürgerinitiative seien die Verhältnisse für die Sozialdemokraten nicht mehr tragbar. Auch vielen Bürgern sei aufgefallen, durch welche traurigen Entwicklungen der Landkreis Aufmerksamkeit erregt. Die SPD-Arbeitsgruppe soll sich als Gegenpol zu den rechtsextremistischen Entwicklungen etablieren. Die Partei will dazu parteiübergreifende Strukturen stärken und eine Koordinationsstelle einrichten, die langfristig den professionellen Strukturen der rechtsextremen Szene entgegen wirkt, heißt es in einer ersten Stellungnahme zu dem Vorhaben.⁸⁹

Bisher scheint die Partei in der Umsetzung eher kleine Schritte zu machen. Eine Zusammenkunft im August 2005, auf der darüber beraten werden soll, wie man die Initiativen gegen rechts auch überregional vernetzen könnte, findet kaum Beachtung. Gerade mal vier SPD-Mitglieder kommen zusammen. Dennoch lassen sich die Mitglieder nicht entmutigen und engagieren sich weiterhin vor Ort.

8.4. Die Kommunalverwaltung

Auch die Aktivitäten der Kommunalverwaltung sind in der Auseinandersetzung mit dem lokalen Rechtsextremismus bislang wenig hilfreich gewesen. Ohne Schwierigkeiten etwa erhielt der „Heimatbund Pommern“ für das bereits erwähnte Fußballturnier mit rechtsextremistischen Gruppierungen alle Genehmigungen. Auf das Turnier angesprochen teilte der Leiter des Ordnungsamtes

⁸⁸ Ostsee-Zeitung, 9. Dezember 2004.

⁸⁹ Nordkurier, Lokalausgabe Pasewalk, 4. November 2004.

des Landkreises einem Redakteur der Lokalzeitung mit, es sei schwer, formalrechtliche Schritte zu unternehmen, denn die betroffenen Gruppierungen würden rechtliche Spielräume weidlich ausnutzen.⁹⁰ Wie weit diese Spielräume sein können, darüber dürfte selbst Neonazi Rico Müller, ein Bruder von NPD-Bundestagskandidat Tino Müller, gestaunt haben, als er 2004 einen Antrag stellte, in den öffentlichen Gemeindeschaukästen der umliegenden Dörfer Plakate des rechtsextremen „Nationalen und Sozialen Aktionsbüros Mitteldeutschland“ anbringen zu dürfen. Bereits im Vorjahr war einem ähnlichen Antrag stattgegeben worden. Es müsse Chancengleichheit für alle „Parteien“ gewahrt bleiben. Schließlich gehe es doch gegen die Agenda 2010, begründeten die Verwaltungsbeamten aus dem Amt Ueckermünde-Land später ihre wohlwollende Entscheidung. Außerdem gebe es einen Beschluss, dass in den Dörfern nicht wild drauflos plakatiert werden dürfe. Der Ordnung wäre also Genüge getan und alles bestens geregelt, hieß es weiter.⁹¹ Im Namen von Pluralismus, Toleranz und Demokratie wird hier selbst den Gruppen noch ein öffentliches Forum zur Verfügung gestellt, deren erklärtes Ziel es ist, Pluralismus und Demokratie abzuschaffen.

Die Zurückhaltung in Sachen Rechtsextremismus hat aber noch eine andere Ursache, wie im Umgang der Stadt mit einer Kommunalanalyse des „Mobilen Beratungsteams für demokratische Kultur“ (mbt) deutlich wird. Über ein Jahr lang hat ein Mitarbeiter des mbt im Auftrag der Stadt die dortige rechtsextreme Szene beobachtet, Strukturen aufgedeckt, Interviews geführt und die Ergebnisse darüber in einer 30-seitigen Kommunalanalyse zusammengefasst. Zwanzig Minuten räumte man ihm während einer Stadtvertretersitzung im September 2004 ein, um dem Gremium die gemachten Ergebnisse gesondert zu präsentieren. Im Tenor wies die Studie auf die aus ihrer Sicht Besorgnis erregende Größe und Stabilität der rechtsextremen Szene in Ueckermünde hin. Dieser Einschätzung wollten indes nicht alle Stadtvertreter folgen. Einer von ihnen kommentierte die Ergebnisse des mbt mit den Worten: „Das ist doch alles nicht so schlimm.“⁹² Anderen schien der Inhalt der Analyse dagegen so brisant zu sein, dass man sie der Öffentlichkeit nicht zugänglich machen wollte. Der Hauptausschuss der Stadt untersagte es dem mbt schriftlich, seine Ergebnisse in irgendeiner Form zu veröffentlichen oder an Dritte weiterzugeben. Bürgermeisterin Heidi Michaelis (PDS) widersprach diesem Beschluss nicht. Nachdem dann im Dezember 2004 überregional bekannt wird, dass die Kommunalanalyse in den Schubladen der Verwaltung verschwunden ist, weicht Heidi Michaelis einer Diskussion über die Inhalte

⁹⁰ Nordkurier, Lokalausgabe Ueckermünde, 27. August 2004.

⁹¹ Nordkurier, Lokalausgabe Ueckermünde, 1. September 2004.

⁹² Ostsee-Zeitung, 9. Dezember 2004, S. 3.

der Kommunalanalyse aus und verteidigt das Vorgehen ihrer Behörde mit dem Hinweis auf aus ihrer Sicht bestehende methodische Mängel der Studie. Ihrer Meinung nach könne die Studie keine Repräsentativität beanspruchen. Entsprechend erwecke sie einen falschen Eindruck: „Wer das liest, könnte denken, Ueckermünde ist ausschließlich in der Hand von Rechten. Das ist nicht repräsentativ.“⁹³

Die Studie des mbt wollte indes weder das rechtsextreme Einstellungspotenzial der Ueckermünder Bevölkerung noch die Bereitschaft zur Wahl rechtsextremer Parteien vor Ort messen. Kurz: Die Kommunalanalyse des mbt war keine Meinungsumfrage. Ihr Ziel war eine Beschreibung der rechtsextremen Szene. Sie wollte Auskunft geben über rechtsextreme Gruppierungen, deren Mitgliederzahlen, Organisationsstrukturen, Strategien und Aktionen vor Ort, was der Ueckermünder Stadtverwaltung als Auftraggeber der Studie von vornherein bekannt war. Für eine Meinungsumfrage, die misst, ob und wie weit rechtsextreme Meinungen in der Bevölkerung verbreitet sind, hätte Repräsentativität eingefordert werden können. Eine Studie indes, die rechtsextreme Gruppierungen und deren Strategien beschreibt, kann schon allein von ihrem Untersuchungsgegenstand her nicht repräsentativ sein und braucht dies von ihren Zielsetzungen her auch nicht zu sein.

So steht zu vermuten, dass der eigentliche Grund dafür, die Kommunalanalyse des mbt unter Verschluss zu halten, darin besteht, dass die Stadt Angst vor einem Imageschaden hat. Die Erfolglosigkeit im Kampf gegen den Rechtsextremismus stelle andere Erfolge Ueckermündes in den Schatten, lautet ein weiterer Kommentar von Michaelis.⁹⁴ Offenbar befürchteten Bürgermeisterin und Kommunalverwaltung einen Rückgang der Touristenzahlen, wenn das Ausmaß der rechtsextremistischen Aktivitäten vor Ort öffentlich bekannt wird. Nachdem sich Ueckermünde seit der Wende bemüht hat, von der touristischen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern zu profitieren und die eigene Region im Bereich des Fremdenverkehrs voranzubringen, soll verhindert werden, dass die Kleinstadt durch die rechte Szene schlecht von sich reden macht.

Die ganze Hilflosigkeit der Stadtverwaltung und die Intensität des Wunsches, das Phänomen Rechtsextremismus in Ueckermünde zu verdrängen, macht der im November 2005 auf Ausschussebene vorgebrachte Vorschlag, die Innenstadt formell zu einer Bannmeile zu erklären und damit für alle politischen Veranstaltungen generell zu sperren.⁹⁵ Dieser aus verfassungsrechtlicher Sicht

⁹³ Ostsee-Zeitung, 9. Dezember 2004, S. 3.

⁹⁴ NDR-Nordmagazin, 10. Dezember 2004.

⁹⁵ Ostsee-Zeitung, 8. November 2005, S. 4.

schlicht absurde Versuch, das Problem administrativ von der Bildfläche zu verdrängen, bringt der um positives Image bemühten Stadtverwaltung neben einer Unterweisung von Landesinnenminister Gottfried Timm (SPD) über die demokratischen Grundfesten⁹⁶ vor allem eine schlechte überregionale Presse.

Die Hoffnung, Ueckermünde nachhaltig touristisch entwickeln zu können und zu einem gastfreundlichen, offenen Ort zu machen, der Fremden einen herzlichen Empfang bereitet, dürfte sich allerdings so lange nicht verwirklichen, wie die Rechtsextremisten vor Ort weiter agieren. Stehen sie doch für all das, was Ueckermünde als anerkannter Erholungsort und Touristenziel nicht sein will: Ausgrenzung, Intoleranz, Unfreundlichkeit, Hass und Fremdenfeindlichkeit. Somit bleibt Ueckermünde auch im Namen der selbst gesteckten wirtschaftlichen Ziele nichts anderes übrig, als die offensive politische Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen zu suchen und die rechte Szene zurückzudrängen.

9. AUSBLICK

Eine Prognose, wie sich die Situation in Ueckermünde künftig entwickelt, kann nach allem, was an Vorkommnissen, Eindrücken und Entwicklungen angeführt wurde, nicht positiv ausfallen. Unter den derzeitigen Umständen ist eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus eher unwahrscheinlich. Diese These kann mit einem kurzen, zusammenfassenden Blick erstens ins Lager der Rechtsextremisten und zweitens auf die Entwicklung der Initiativen, die sich in Ueckermünde gegen rechts stark machen, begründet werden.

Zunächst zur rechtsextremen Szene. Ihr ist es gelungen, in Ueckermünde stabile und einflussreiche Strukturen aufzubauen. Nicht nur, dass der „Heimattbund Pommern“ mit seinem Freizeit-, Sport und Kulturangebot besonders in der Akquisition von ideologisch leicht beeinflussbaren jungen Menschen erfolgreich ist. Auch ältere Erwachsene sympathisieren mit den kommunalpolitischen Kampagnen der extremen Rechten. Getarnt als eine gewöhnliche Bürgerinitiative ist es ihnen gelungen, sich einen Zugang zur Bevölkerung von unten zu verschaffen, der nichts mehr gemein hat mit der veralteten Strategie, rechtsextreme Strukturen von oben gewaltsam aufzuoktroyieren. Ihr neues, bürgernahes Konzept sichert ihnen stattdessen dauerhaften Einfluss und Akzeptanz in der Bevölkerung. Dass dieser Einfluss der Neonazis bis in die Amtsstuben des Landkreises reicht, musste im Juni 2005 auch Bürgermeisterin Michaelis feststellen. Sie hatte per Brief ihr Veto gegen die Genehmigung einer rechtsextremen Demonstration am 22. Juni eingelegt, weil am gleichen Wochenende die traditionellen Hafttage tau-

sende Besucher und Einheimische ins Stadtzentrum lockten. Zwar wurde die Kundgebung letztendlich auf das folgende Wochenende verschoben, der Brief jedoch, in dem Michaelis ihre Befürchtungen darüber schilderte, wenn der Neonazi-Aufmarsch und das Volksfest zeitgleich stattfinden, wurde dem rechtsextremen Lager zugespielt, so dass die Neonazis darin gezielt nach Passagen suchen konnten, die ihnen verleumderisch genug erschienen, um anzukündigen, gegen die Bürgermeisterin möglicherweise eine Strafanzeige zu erlassen.

Über das SNBP ist besonders vor dem Bundestagswahlkampf 2005 die Vernetzung von NPD und freien Nationalisten stark intensiviert worden. Die Partei hat es deshalb gar nicht nötig, Ressourcen zu mobilisieren, um in Ueckermünde einen eigenen Ortsverband auf die Beine zu stellen, was angesichts der in Mecklenburg-Vorpommern nur schwachen Personaldecke sowieso kaum möglich wäre. Die Priorität der Partei lag ohnehin weniger auf den Bundestagswahlen 2005 als auf einem guten Ergebnis zur Wahl des Landtages im Jahr 2006. Entsprechend ihres dazu ausgegebenen Konzeptes, Parteimitglieder und freie Kräfte innerhalb einer „Volksfront von rechts“ zu einen, dürfte die begonnene Zusammenarbeit weiter intensiviert werden. Schon auf der Landesliste zur Bundestagswahl 2005 waren zwei einflussreiche Kameradschaftsführer und SNBP-Köpfe mit vertreten, die zudem im Dezember 2005 in die NPD eintraten. Die Kameradschaftsszene wird ihre Aktivitäten gemeinsam mit der NPD also weiter verstärken.

Unter umgekehrtem Vorzeichen verläuft unterdessen die Entwicklung der Initiativen, die sich mit dem Problem Rechtsextremismus in der Haffstadt kritisch auseinander setzen. Die erst 2004 gegründete „Bürgerinitiative für Integration, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie“ (BIRD) konnte zwar kurz nach ihrer Gründung einige Aktionen gegen rechts auf den Weg bringen und dazu beitragen, dass in der Stadt, aber auch bei den verantwortlichen Kommunalpolitikern überhaupt erst ein Problembewusstsein für dieses Thema entsteht. Nach dem Weggang gleich mehrerer sehr aktiver BIRD-Mitglieder droht das Engagement jedoch einzuschlafen. Bei keiner der beiden Kundgebungen von NPD und SNBP im Sommer 2005 gelang es BIRD eine Gegenveranstaltung zu organisieren. BIRD dürfte in seiner Arbeit erfolgreicher sein, wenn sich ein Stadtvertreter an dem Bündnis beteiligen würde, was bisher nicht der Fall ist. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erhielte dann Rückhalt aus dem Rathaus, wovon gleichzeitig ein Plädoyer an breitere Bevölkerungsschichten ausgehen würde, sich gegen die Ausbreitung rechter Strukturen zu engagieren.

Nicht zuletzt sind die Rechtsextremen in Ueckermünde aus dem Grund so erfolgreich, weil es im Umgang mit dem Problem ein Gegeneinander zweier Fronten gibt. Auf der einen Seite die BIRD-Mitstreiter, die das Thema Rechtsex-

tremismus offen ansprechen wollen, und auf der anderen Seite Kommunalpolitiker, Honoratioren sowie Amtspersonen, die dem Problem aus falsch verstandener Toleranz und kurzsichtigen wirtschaftlichen Erwägungen heraus keine öffentliche Diskussion zubilligen, weil sie einen Imageschaden befürchten, der negative Auswirkungen auf den Tourismus hat. Noch im Juli 2005 beschwerte sich der Saisonrat der Stadt, ein breit besetztes Gremium, welches sich ausschließlich Tourismusfragen widmet, darüber, dass Ueckermünde in den Medien immer wieder als „Rechtenhochburg“ dargestellt werde. Ein Polizist machte den Anwesenden dort noch einmal deutlich, dass sicherlich einige Jugendliche aus der Region mit rechtsextremen Gesinnungen sympathisieren würden, dies aber nicht so problematisch sei, wie in den Medien dargestellt.⁹⁷

Die Fraktionschefs der Stadtvertretung haben sich Anfang September 2005 zumindest schriftlich positioniert. Zusammen mit der Bürgermeisterin unterzeichneten sie einen Aufruf an die Bevölkerung, die Veranstaltungen des SNBP zu boykottieren. Vor der Bundestagswahl sei verstärkt mit Demonstrationen und Kundgebungen zu rechnen.⁹⁸ Leider waren die Kommunalpolitiker mit ihrem Aufruf zu spät dran. Die letzte Kundgebung von NPD und SNBP vor den Bundestagswahlen war unmittelbar vorher abgelaufen und eine weitere nicht angekündigt. Mit weiteren Aufmärschen war auch deshalb nicht zu rechnen, weil die Kameradschaften vor allem dann ihre Transparente ausrollen, wenn es den Verantwortlichen in der Stadt am meisten weh tut – während der Hauptsaison.

Die Zukunft sieht für Ueckermünde wenig rosig aus: Eine starke, stabile und strategisch geschickt operierende rechte Szene, eine dem gegenüber kaum ausgebildete zivilgesellschaftliche und demokratische Gegenkultur und eine Kommunalverwaltung, die sich beim Thema Rechtsextremismus zurückhält oder konzeptionslos agiert – zu befürchten steht, dass Ueckermünde noch für lange Zeit ein Refugium für Rechtsextremisten bleiben wird.

⁹⁷ Nordkurier, Lokalausgabe Ueckermünde, 8. Juli 2005.

⁹⁸ Nordkurier, Lokalausgabe Ueckermünde, 3. September 2005.

10. LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

10.1. Literatur

- Argumente Netzwerk antirassistischer Bildung e.V. (2002): ... in der Mitte angekommen. Rechtsextremismus und gesellschaftliche Gegenaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin.
- Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen e.V. (2002): Freie Kameradschaften, Braunschweig.
- Brodkorb, Mathias/Schmidt, Thomas (2002): Gibt es einen modernen Rechtsextremismus? Das Fallbeispiel Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin: Friedrich Ebert-Stiftung, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern.
- Bundschuh, Stephan (2004): Rechtsextremismus und Sozialraum. In: Pingel, Andrea (Hg.): Sozialraumorientierung und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Jugendarbeit, Halle: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, S. 10-21.
- Gertoberens, Klaus (Hg.) (2004): Die braune Gefahr in Sachsen. Personen, Fakten, Hintergründe. Dresden: Edition Sächsische Zeitung.
- Heinrich, Gudrun/Werz, Nikolaus (Hg.) (2003): Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Rostock: Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 18.
- Heinrich, Gudrun (Hg.) (2005) Beiträge zu Fragen von Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Rostock: Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 25.
- Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern (2004): Verfassungsschutzbericht 2004, Pressefassung, Schwerin.
- Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern (1999): Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern, Extremismusbericht 1999, Schwerin.
- Kleffner, Heike (2002): RechtsRock vor Ort. Drahtzieher, Konsumenten und Produzenten. In: Dornbusch, Christian / Raabe, Jan (Hg.): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien. Münster: Unrast, S. 215-232.
- Mobiles Beratungsteam für demokratische Kultur (2005): mbt-Lagebilder für die Landkreise und kreisfreien Städte, Waren (Müritz).
- Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) (1991): Schafft befreite Zonen! In: Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie & Strategie. Nr. 2, Juni 1991.
- Speit, Andreas (2005): Mythos Kameradschaft. Gruppeninterne Gewalt im neonazistischen Spektrum. Braunschweig: Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen e.V.

Speit, Andreas (2005): Wir marschieren bis zum Sieg. In: Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hg.): Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD. Berlin: Ch. Links, S. 13-39.

Staud, Toralf (2005): Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln: Kiepenheuer und Witsch.

Stöss, Richard (2005): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich Ebert-Stiftung.

10.2. Internetquellen

blick nach rechts (2006): Neonazis zur NPD,

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/meldungen1205/neonaziszurnpd>, 13. Februar 2006.

Freier Widerstand (2005): <http://www.freier-widerstand.net>, 14. August 2005.

Hatecrew 88 (2005): <http://www.hatecrew88.com>, 28. September 2005.

Kulturkreis Pommern (2005): <http://www.kulturkreis-pommern.de>, 23. August 2005.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) (2005): <http://npd.npd.de>, 15. August 2005

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (2005): <http://www.npd-mv.net>, 29. August 2005.

Pommersche Aktionsfront (2004): <http://www.pommersche-aktionsfront.de.vu> (nicht mehr erreichbar), 25. November 2004.

Projekt Schulhof (2005): <http://www.schulhof.net>, 14. August 2005.

Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (2005): Statistische Berichte. Bevölkerungsentwicklung der Kreise und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, <http://www.statistik-mv.de/berichte/>, 21. August 2005

Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (2005): Zahlenspiegel Mecklenburg-Vorpommern, August 2005 / Februar 2006, <http://www.statistik-mv.de/>, 21. August 2005.

Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (2005): Statistische Berichte. Bevölkerungsentwicklung bis 2020. Landkreis Uecker-Randow, <http://www.statistik-mv.de/berichte/>, 21. August 2005.

Störtebeker-Netz (2005): <http://www.stoertebeker.net>

Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern (2006): <http://www.verfassungsschutz-mv.de/>, 28. Februar 2006.

10.3. Zeitungen und Zeitschriften

Der Inselbote, 3/2004

Der Weiße Wolf, 3/2001

die tageszeitung (taz)

Frankfurter Rundschau

Nordkurier

Ostsee-Zeitung

Süddeutsche Zeitung

11. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BI	Bürgerinitiative
BIRD	Bürgerinitiative „Bürger für Integration, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie“ Ueckermünde
GNS	Greifswalder Nationalsozialisten
HDJ	Heimattreue deutsche Jugend
HBP	Heimatbund Pommern
KBA	Kameradschaftsbund Anklam
MAF	Mecklenburgische Aktionsfront
MBT	Mobiles Beratungsteam für demokratische Kultur
NHB	Nationaldemokratischer Hochschulbund
NGB	National-Germanische Bruderschaft Ueckermünde
NSAM	Nationales und soziales Aktionsbüro Mitteldeutschland
NSAN	Nationales und soziales Aktionsbüro Norddeutschland
PAF	Pommersche Aktionsfront
SNBP	Soziales und nationales Bündnis Pommern

BENJAMIN FISCHER

- geb. 1979 in Karlsburg (Ostvorpommern)
- seit 2001 Magisterstudium in Politikwissenschaft und Germanistik an der Universität Greifswald
- Tätigkeit als freier Journalist
- Mitarbeit in mehreren Projekten, die sich mit Rechtsextremismus auseinandersetzen

HEFT 1 „EXEKUTIVE FÜHRERSCHAFT“ IN DER GEMEINDE?
DIE STADTVERTRETUNG WOLGAST ZWISCHEN GLEICHGÜLTIGER
GEFOLGSCHAFT UND WOHL ÜBERLEGTEM FOLGEN
(THOMAS MÜLLER, 2006)
ISBN 3-86006-259-X

HEFT 2 UECKERMÜNDE – EIN REFUGIUM DES RECHTSEXTREMISMUS?
(BENJAMIN FISCHER, 2006)
ISBN 3-86006-264-6

